Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zł., monatl. 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — **Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 30 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 250 Grosch. Danzig 20 bz. 150 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 150 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.**

Nr. 125. Bromberg, Sonnabend den 2. Juni 1928. 52. Jahrg.

Wir klagen an ...

Die Rede des Führers der Deutschen Fraktion im Sejm.

Warschau, 1. Juni. Bei der zweiten Lesung des Staatshaushalts im polnischen Sejm gab am Mittwoch der Führer der Deutschen Fraktion, Abg. Naumann, im Namen des Deutschen Klubs folgende Erklärung ab:

In halbamtlichen Pressekommentaren wurde seinerzeit die Stimmabgabe des Deutschen Klubs für das Budgetprovisorium als eine Vertrauenskundgebung für die Regierung angesprochen. Ich bedaure, einer solchen Auffassung mit allem Nachdruck widersprechen zu müssen. Wir haben seinerzeit ausdrücklich erklärt, daß wir die Bewilligung des Budgetprovisoriums als eine Staatsnotwendigkeit betrachten, der wir ohne Zögern Rechnung trugen. Wir haben uns aber damals vorbehalten, unsere Stellung zur Regierung, parlamentarischer Gepflogenheit entsprechend, bei der Beratung des ordentlichen Budgets zu präzisieren. Da uns gelegentlich der ersten Lesung des Budgets infolge vorzeitigen Abbruchs der Aussprache keinerlei Gelegenheit hierzu geboten wurde, bin ich gezwungen, das Versäumte heute nachzuholen.

Es ist selbstverständlich, daß unsere Einstellung gegenüber der Regierung bestimmt wird durch die Haltung, die die Regierung uns gegenüber eingenommen hat. Wir befinden uns ja keiner neuen Regierung gegenüber, der wir erst eine Bewährungsfrist zubilligen müßten, sondern einer Regierung, die während einer mehr als zweijährigen Amtierung ihre Einstellung gegenüber der deutschen Bevölkerung hat deutlich erkennbar werden lassen. Diese Einstellung bewegte sich unzweideutig in der Linie der seinerzeit vom Premier Sikorski ausgegebenen Parole der

„Entdeutschung des Landes“.

Wenn neulich der verehrte Kollege von der Regierungspartei Herr Abg. Sanojca meinte, „jetzt würden die nationalen Minderheiten auf Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen rechnen können“, so weiß ich nicht, auf welche Tatsachen wir den Glauben an eine solche Wendung gründen sollen. Die Regierung vereinigte auf sich in der abgelaufenen Zeit eine noch größere Machtfülle, als wie sie sie heute besitzt. Aber sie hat ihre Macht in keiner Weise dazu benutzt, die Erhaltung unseres Volkstums als eine berechtigte mit den staatsbürgerlichen Pflichten vereinbare Forderung der deutschstämmigen Bevölkerung anzuerkennen. Vollends hat sie nichts getan, unsere auf die Erhaltung unseres Volkstums gerichteten Bestrebungen zu unterstützen, **vielmehr hat sie alle diese Bestrebungen ganz planmäßig unterbunden.**

In der Tat hatten wir von der Regierung des Marschalls Pilsudski bzw. von der neuen Aera, die durch seinen Namen gekennzeichnet wird, eine entscheidende Entwicklung zum Besseren erhofft. Schöne Worte haben wir ja von vielen der früheren Kabinettschefs gehört, aber getan hatte noch kein einziger etwas, um uns aus dem Zustande staatsbürgerlicher Depossedierung herauszuheben und unserem Rechtsanspruch auf völkisches Eigenleben in Gesetzgebung und Verwaltung Eingang zu verschaffen. Den guten Willen zu solchem Tun hatte wohl der und jener der früheren Kabinettchefs, aber allen fehlte eines, und das war der Mut, gegen die sich überschlagenden Wogen eines überspitzten Nationalismus anzusteuern. Wir glaubten, daß Herr Bartel erst als Premier, dann als Vizepremier, gestützt durch die starke Hand des Marschalls Pilsudski, diesen Mut aufbringen würde, leider haben unsere Hoffnungen gründlich getrogen. Kaum ein anderer Premier oder Vizepremier vorher hat sich so sehr von chauvinistischen Strömungen treiben lassen, wie gerade Herr Bartel.

Die gegen uns gerichteten

chauvinistischen Strömungen

fanden in den letzten zwei Jahren eine besonders starke Stütze in der allgemeinen Tendenz der Regierung, ihre eigenen Kompetenzen zu erweitern und unter Beschneidung der formalen und materiellen Rechtsgarantien jede Maßnahme allein von ihrem eigenen Gutbefinden abhängig zu machen. **Wenn wir auch die oft gehörte Auffassung ablehnen, als ob wir nur geduldete Gäste im polnischen Staate wären, so besitzen wir doch Takt genug, um unseren polnischen Kollegen die Entscheidung darüber zu überlassen, ob sich der Staat mehr in konstitutioneller Richtung entwickeln oder ob die Exekutive zum maßgeblichen Faktor im Leben des Staates gemacht werden soll, denn es ist für uns selbstverständlich, daß der polnische Staat in erster Linie die Seele und die Ideologie des polnischen Volkes widerspiegelt.** Aber zuschauend zur Seite stehen dürfen wir nicht weiter, wenn wir sehen,

wie durch systematische Beiseiteschiebung des Rechtsgedankens das Fundament unterhöhlt wird, das allein auf die Dauer das Staatsgebäude zu tragen vermag.

Eine präponderierende Exekutive unter Ausschaltung bindender Rechtsnormen und formalen Rechtsschutzes dürfte doch nur dann als akzeptabel erscheinen, wenn der Rechtsgedanke in allen den Elementen lebendig wäre, aus denen sich der Regierungskörper zusammensetzt und ergänzt. Das ist aber nicht der Fall. Das haben die letzten Monate mit aller Deutlichkeit gezeigt, in denen die Regierung auf Grund der von ihr vom alten Sejm gegebenen Vollmachten zu selbständigem gesetzgeberischen Handeln ermächtigt war.

Ich will hier nicht davon sprechen, wie sich

das Pressedekret

auswirkt und wie stark das diskretionäre Ermessen der politischen Behörden den Begriff der Pressefreiheit abgewandelt hat. Es ist auch jetzt nicht der Augenblick, über das Verhalten der Regierungsorgane aller Grade gelegentlich der letzten Sejmwahlen zu sprechen, obwohl gerade bei dieser Gelegenheit die Regierung gezeigt hat, **wie sehr ihr die primitivsten Anschauungen von Recht und Objektivität fehlen und wie sehr sich die subjektive Anschauung ihrer Träger zu jeder Willkür legitimiert glaubt.**

Aber aus einigen anderen Gebieten möchte ich Beispiele dafür anführen, daß die feste Rechtssatzung ganz systematisch immer mehr zugunsten behördlichen Eigenermessens gelockert wird, und daß wir uns daher immer mehr des Schutzmittels beraubt sehen, das bisher die Willkür der Exekutive einigermaßen zügelte. Eine der wenigen Rechtskautelen, die auf Initiative des Parlaments in das Agrarreformgesetz hineingearbeitet wurden, **die Bestimmung nämlich, daß bei der Landanforderung der größere Besitz vor dem kleinen rangieren soll,** wurde mit einem Federstrich beseitigt. Für die Parlamentsmehrheit, die seinerzeit jene Bestimmung guthieß, war die rechtliche und ethische Erwägung maßgebend, daß der Leistungsfähigere vor dem weniger Leistungsfähigen Opfer für das Staatsganze bringen müsse; ferner aber der wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkt — auch wirtschaftliche und soziale Grundsätze müssen im modernen Staate dem Überschwange an Nationalismus Grenzen setzen —, daß nicht ohne zwingende Not wirtschaftlich lebensfähige Einheiten vernichtet und ebensowenig Elemente einer sozial hochstehenden Schicht zum Abstieg verurteilt werden dürfen. Durch die Beseitigung jener Bestimmung ist der

Willkür der Verwaltung

freiester Spielraum gegeben und die Praxis wird sanktioniert, nach der Latifundien von 5 und 10 000 ha Größe, die sich in **polnischer** Hand befinden, von Landanforderungen **verschont** bleiben, während gleichzeitig Besitzungen deutschstämmiger Bürger von nur 500 ha durch wiederholte Amputationen fast bis auf die gesetzliche Mindestgröße gedrosselt werden. Daß die vom Parlament losgelöste Regierung daran ging, eine der für die Rechtssicherheit bedeutungsvollsten Bestimmungen des Agrarreformgesetzes kurzerhand zu beseitigen, zeigt, **wie wenig die Regierung den Wert und den Sinn fester Rechtsnormen einzuschätzen weiß und wie sehr sie ihre einseitige Orientierung für ausreichend hält, das Wohl der Bürger mit den Staatsnotwendigkeiten in Einklang zu bringen.** Ja, wir konnten in letzter Zeit beobachten, daß die Regierung im Vollgefühl ihrer Universalität selbst die Gerichte bis herauf zu den höchsten Instanzen maßgeblich beeinflußte, und daß sie damit die altbewährte Lehre von der Teilung der Gewalten zum alten Eisen warf. Die Bahn hierzu hat sie sich freigemacht durch das **Dekret über die Absetzbarkeit der Richter.**

Um so mehr erwächst uns deutschen Abgeordneten die Pflicht, alle Möglichkeiten, die uns das parlamentarische System eröffnet, zu sichern und auszuschöpfen, um dem Rechtsgedanken immer wieder Geltung zu verschaffen. Wir sehen hierin geradezu die im Interesse Gesamteuropas dem deutschen Element in Polen zugewiesene Aufgabe. Denn der Rechtsgedanke allein kann die Völker und Staaten einander nähern und damit Europa einem wirklichen Frieden entgegenführen. Die bisherigen aus übersteigertem Nationalismus geborenen Regierungsmethoden, der Differenzierung nach innen und der Abschnürung und Abkapselung nach außen, führen Völker und Staaten immer mehr auseinander; sie versöhnen nicht, sondern sie säen Zwietracht und schaffen Herde der Gärung.

Besonders charakteristisch für die der Befriedung nach innen und außen abträgliche Regierungspolitik ist die unter dem 23. 12. 27 ergangene und unter dem 23. 3. d. J. ergänzte

Verordnung über die Grenzen des Staates.

Freilich, dem Wortlaute nach gelten die in der Verordnung fixierten Beschränkungen der persönlichen Freiheit einesteils für alle Bürger und anderenteils für alle Ausländer, de facto aber richten sich im Westen des Staates die in das diskretionäre Ermessen der Verwaltungsbehörden gestellten sog. Schutzmaßnahmen ausschließlich gegen das Deutschtum. Entgegen Sinn und Ziel des Minderheitenschutzvertrages droht dem Deutschtum in Polen eine weitere Beschneidung seines Lebensraumes; die offensichtlichen Absperrmaßnahmen aber gegenüber dem deutschen Nachbarvolke vertagen erneut die erhoffte Verständigung von Staat zu Staat und lähmen den Impuls zur geistigen und wirtschaftlichen Überbrückung der Staatsgrenzen. Schon die alten Grenzschutzbestimmungen haben in der Praxis dazu geführt, daß für die Deutschen im Grenzstreifen und Grenzgürtel die Freizügigkeit vollkommen illusorisch gemacht wurde. Als ein deutscher Lehrer aus dem Grenzstreifen die ihm übertragene Stelle an einer deutschen Privatschule antreten wollte, wurde ihm der Zuzug verweigert mit der Begründung, eine wenn auch konzessionierte deutsche Privatschule sei eine staatsfeindliche Einrichtung, also rechtfertige sich aus der Verpflichtung der Verwaltungsbehörde, den Staat zu schützen, ohne weiteres die Zuzugssperre. Das nur ein Fall von vielen. Selbst deutschstämmigen Handelsangestellten nimmt man die Möglichkeit, in eine Vakanz im Grenzstreifen aufzurücken, sofern mit dem Stellenwechsel ein Ortswechsel verbunden ist. Daß unseren Kandidaten für den Sejm sogar das Abhalten von Wählerversammlungen im Grenzstreifen unmöglich gemacht wurde, sei als besonderes Kuriosum erwähnt.

Also eine

ganz bewußte Verletzung unserer Gleichberechtigung

und der in der Verfassung gewährleisteten bürgerlichen Grundrechte und die immer parate Rechtfertigung: der deutschstämmige Bürger ist ein Element ständiger Gefährdung der Staatssicherheit. Es ist, als ob manche Staatsstellen angesichts eines Deutschen von Wahnvorstellungen befallen werden. Bekam es doch der Starost in Birnbaum fertig, in seiner ständigen Sorge um die Sicherheit des Staates einem Besitzer des Kreises zu verbieten, seine Freunde aus den Nachbarkreisen zu einer von ihm veranstalteten Treibjagd zuzuziehen. Jagdsteuer hat jener Besitzer an den Kreis zu entrichten, aber die Nutzung der Jagd wird ihm praktisch dadurch unmöglich gemacht, daß er sich keine Schützen einladen darf. Glaubt der Herr Starost in der Tat, daß der polnische Staat bedroht wird, wenn einige Deutsche aus dem Innern des Landes mit Jagdgewehren in seinem Kreise erscheinen? Derselbe Herr Starost hat geglaubt, einem seiner deutschen Kreisinsassen das Radio sperren zu müssen, auch natürlich in höherem Interesse der Staatssicherheit. Offenbar sehen Hunderte von Beamten in jedem Deutschen nicht einen ihrer Obhut anvertrauten Staatsbürger, sondern immer nur den erklärten Staatsfeind. Bei einer derartigen geistigen Einstellung unserer Regierungsorgare läßt sich voraussehen, daß der Art. 9 der Grenzverordnung, in dem ein Enteignungsrecht für den Fall statuiert wird, daß sich die Enteignung für den Schutz der Grenzen des Staates als notwendig erweist, ausgiebig gegen uns ausgenutzt werden wird. Heute genügt eine alte, verstaubte Zigarrenkiste reichsdeutscher Herkunft, die irgendwo bei einem Deutschen gefunden wird, diesen wegen Schmuggels zu verurteilen und ihn bespitzeln zu lassen. Morgen wird dieselbe Kiste Anlaß dazu bieten, ihm seinen Grundbesitz fortzunehmen.

Es bedarf ja nur einer von den dunkelsten Elementen vorgebrachten Verdächtigung, um die Machtmittel der Exekutive ohne Pardon gegen uns in Aktion treten zu lassen.

Welche Verdächtigungen über uns den Regierungsstellen zugetragen und von diesen dann als aktenmäßige Unterlage für die gegen uns gerichteten Maßnahmen verwertet werden, erfahren wir leider in den seltensten Fällen. Höchstens einmal, wenn in den von uns anhängig gemachten Prozessen die Akten unseren Anwälten geöffnet werden, oder wenn einmal eine polnische Zeitung aus der Schule plaudert. So haben kürzlich zwei ernst zu nehmende polnische Blätter die geradezu groteske Nachricht verbreitet, drei Deutsche in Polen, **unter ihnen der Senator Dr. Pant, wären tätige Agenten einer bayrischen geheimen Organisation Oberland,** die reichlich mit Munition und Explosivstoffen ausgestattet, sich die gewaltsame Wiedergewinnung der an Polen gefallenen früher preußischen Gebiete zum Ziele gesetzt hätte. Solche den Behörden zugetragenen Ammenmärchen genügen dann, friedliche Staatsbürger deutschen Stammes auf die schwarze Liste zu setzen und sie als Staatsfeinde zu behandeln. So ist es denn letzten Endes immer wieder die ungünstige Auskunft der politischen Behörden, die wie ein Giftpfeil, gegen den es keine Deckung gibt, gegen uns abgeschossen wird. Wird einem Lehrer die Unterrichtserlaubnis verweigert, so ist es die ungünstige Auskunft der politischen Behörden, die das Kultusministerium zu diesen Maßnahmen zwingt. Erhalten die Söhne unserer Ansiedler nicht die Erlaubnis zum Antritt des väterlichen Erbes, so, weil sie nach dem Gutachten der politischen Behörde als illoyal angesprochen werden und weil der Agrarreformminister an dieses Gutachten gebunden ist. Will ein deutscher Kleinbauer einige Hektare Landes hinzuerwerben, so wird er daran gehindert durch Geltendmachung des Vorkaufsrechtes. Natürlich ist auch in diesem Falle die Auskunft der politischen Behörde für das Vorgehen der Agrarbehörden bestimmend. Nicht anders wenn Deutsche bei der Durchführung der Agrarreform als Parzellenanwärter ausgeschaltet werden. Werden unseren Volksgenossen gewerbliche Konzessionen entzogen, so auf Grund der ungünstigen Personalauskünfte der Verwaltungsbehörden. Wird alten im Grenzgürtel domizilierten Handelsfirmen auf Grund der Grenzschutzverordnung der Besuch ihrer Kundschaft im Grenzgürtel verboten, und damit ihre Existenz aufs schwerste bedroht, so muß auch zur Rechtfertigung dieser Maßnahme die ungünstige Auskunft der Verwaltungsbehörde herhalten.

Wenn auch nur ein kleiner Teil aller dieser ungünstigen Auskünfte objektiver Überprüfung standhielte, wir müßten in der Tat jede Selbstachtung vor uns verlieren, aber weil wir reinen Gewissens die Selbstachtung noch besitzen, deshalb gerade müssen wir mit allem Nachdruck gegen die systematische Verunglimpfung unserer völkischen Ehre protestieren.

Es ist üblich geworden, besonders stark mit dem Vorwurf der Illoyalität zu operieren. Wir haben uns vergeblich bemüht, zu erfahren, was denn nach Ansicht der Regierung zum Erweise der Loyalität gehöre. Anscheinend genügt nicht die restlose und völlige Erfüllung unserer staatsbürgerlichen Pflichten, denn darin lassen wir uns von niemand übertreffen. **Sondern letzten Endes will man doch wohl von uns das Verleugnen unseres Volkstums, wenn möglich offenes Renegatentum.** Denn immer wieder sehen wir, daß der Hebel gegen uns dort angesetzt wird, wo wir für die Erhaltung unseres Volkstums eintreten. So wurden unsere Abgeordneten aus dem alten Sejm, die Lehrerstellen bekleideten, sofort nach Ablauf der Kadenz gegen ihren Willen in andere Stellen versetzt; der eine ganz ostentativ aus der Wojewodschaftshauptstadt an eine fern von allem Verkehr gelegene polnische Schule. Wenn angesichts der

systematischen Vernichtung der deutschen Schulen

— allein in Posen und Pommerellen müssen mehr als 15 000 deutsche Kinder polnische Schulen besuchen — Männer und

Frauen aufs Land hinausgehen, um die Eltern jener Kinder mit Fibeln zu versorgen, aus denen den Kindern wenigstens die bescheidensten Kenntnisse der deutschen Schriftsprache vermittelt werden sollen, so ist diese auf Erhaltung unseres Volkstums gerichtete Aktion eine Illoyalität. **Und die Männer und Frauen, die sich in ihren Dienst gestellt, werden eingesperrt.** Wenn wir zur Erfassung des unserer Betreuung verbliebenen deutschen Volkstums durch Vertrauensmänner feststellen lassen, wieviel Deutsche in den einzelnen Gemeinden noch vorhanden sind — eine Maßnahme, ohne die wir **insbesondere auf dem Gebiete des Kultuslebens planmäßige Arbeit gar nicht leisten können** — so ist auch das in den Augen der Verwaltungsbehörden illoyal und sogar straffällig. Unsere Vertrauensmänner wurden wegen **Anmaßung von Amtsbefugnissen**, nämlich wegen Vornahme statistischer Erhebungen unter Anklage gestellt. Der Vorwurf, unerlaubterweise Statistik zu treiben, scheint zum Erweise der Illoyalität besonders brauchbar und beliebt. Als ein deutscher Grundbesitzer der ihm gemachten Auflage entsprechend einen Teil seines Grundbesitzes parzellierte, meldete sich ein deutscher Adjazent als Reflektant für eine Parzelle. Der deutsche Besitzer erklärte dem Reflektanten, um Größe und Lage der Parzelle bestimmen zu können, müsse er wissen, wer aus dem Anliegerdorfe sonst noch zu berücksichtigen sei. Er möge ihm daher die Namen und die Besitzverhältnisse der sämtlichen in Betracht kommenden Reflektan aufschreiben. Der Reflektant kam diesem Wunsche selbstverständlich nach, ohne an etwas Böses zu denken. Aber siehe da, die Aufzeichnungen wurden von der Behörde als **unerlaubte Statistik** angesehen und der Reflektant erhielt als illoyaler Staatsbürger nicht die Erlaubnis zur Vergrößerung seiner Wirtschaft. Und so geht es Tag um Tag.

Mit das Tollste, was wir zurzeit erleben, ist die

Wiederaufrollung der Frage unserer Staatszugehörigkeit.

Endlich 10 Jahre nach der Neuordnung der staatlichen Verhältnisse glaubten wir, wenigstens so weit auf festem Rechtsboden zu stehen, daß unsere Staatszugehörigkeit infolge der Tätigkeit und der Entscheidungen der Deutsch-Polnischen Schlichtungskommission bis auf wenige Hundert noch unentschieden gebliebene Fälle klargestellt war. Wir mußten um so mehr annehmen, daß hier eine causa finita geschaffen wäre, als zur Extrahierung der Kommissionsentscheidungen Präklusivfristen vorgesehen waren, die inzwischen schon längst abgelaufen sind. Selbstverständlich meldeten sich nur alle diejenigen, deren polnische Staatszugehörigkeit irgendwann und irgendwie einmal angezweifelt war. Aber auch heute ist noch lange keine causa finita geschaffen, denn neuerdings werden bald dem einen, dessen polnische Staatsangehörigkeit niemals auch nur im geringsten angezweifelt wurde und auch nicht angezweifelt werden konnte, seine polnischen Ausweispapiere kurzerhand abgenommen, und bei anderen, und gerade auch bei solchen, die die Deutsch-Polnische Schlichtungskommission als polnische Bürger angesprochen hat, und die daraufhin ihre polnische Staatsbürgerurkunde erhalten haben, werden erneut Recherchen angestellt, um doch vielleicht eine Tatsache herauszustöbern, die geeignet wäre, die getroffene Entscheidung wieder umzustoßen. Andere wieder, über die die Schlichtungskommission längst gesprochen, erhalten trotz aller Ansuchen nicht die polnischen Ausweispapiere. Kurz ein ganz unmöglicher Zustand erneuter Rechtsunsicherheit, für den wie für die meisten der von mir behandelten Gravamina in erster Linie der Herr Innenminister und der Herr Vizepremier die Verantwortung tragen.

Bedauerlich nur, daß sich auch die anderen Ministerien die Tendenz, unsere völkische Selbstbehauptung zu verhindern, zu eigen gemacht haben. Das gilt insbesondere, wie aus den von mir gegebenen Daten erkennbar ist, für den Bereich des Kultusministeriums, in dem für unseren kulturellen Behauptungswillen und für die internationale Anerkennung und Sanktionierung unseres völkischen Lebensrechtes weniger Verständnis zu finden ist, als selbst zur Zeit des Kultusministers Grabski.

Bei dem heute übermächtigen Einflusse der politischen Behörden kann es nicht wundernehmen,

daß sich zuguterletzt auch das Finanzministerium dem gegen das Deutschtum gerichteten Generalangriff angeschlossen hat.

Bekanntlich war seinerzeit das Gesetz vom 20. Juli 1924 ergangen, um die alten Erbpächter im Osten für billiges Entgelt zu Grundeigentümern zu machen. Die Bestimmung nämlich, daß nur derjenige der Vergünstigung des Gesetzes teilhaftig werden soll, der sein Anwesen höchstens ein Jahr lang im Stiche gelassen, wurde den deutschen Kolonisten zum Fallstrick. Denn sie waren während des Krieges bald von den deutsch-österreichischen, bald wieder von den russischen Truppen zwangsweise evakuiert worden, so daß sie länger als ein Jahr ihren Wirtschaften hatten fernbleiben müssen. Vergeblich wiesen wir darauf hin, daß nach allgemeinen Rechtsbegriffen die vis major des Krieges nicht die im Gesetze an die Besitzunterbrechung geknüpften Rechtsnachteile zur Folge haben könne. **Die deutschen Pächter wurden kurzerhand exmittiert, die Gebäude, die sie sich in mühevoller, jahrelanger Arbeit aufgebaut, wurden über ihrem Kopfe abgebrochen und sie mußten vor den Unbilden des Winters in Unterständen Zuflucht suchen.** Vergeblich wandten wir uns an den Herrn Ministerpräsidenten Bartel, vergeblich an den damaligen Justizminister, beide erklärten nach anfänglicher Hilfsbereitschaft, nicht helfen zu können. Was geht es die Regierung an, wenn Staatsbürger deutschen Stammes durch die eigenartige Auslegung und Anwendung eines Gesetzes in wahnsinnigstes Elend gebracht und wenn sie, ohne daß irgend jemand damit gedient wäre, in wenigen Minuten um die Früchte der Arbeit von drei und vier Generationen gebracht werden. Schließlich aber war Herr Bartel sehr damit einverstanden, daß wir unsererseits eine Rettungsaktion in die Wege leiteten. Und so gründeten wir in Luck eine Genossenschaft mit dem Ziele, durch Kreditgewährung unseren unglücklichen Volksgenossen, wenn auch zu viel höheren, als zu den im Gesetz vorgesehenen Preisen den Erwerb ihres Pachtlandes oder von Ersatzland zu ermöglichen. Wir betrauten mit der Durchführung der Aktion drei bestqualifizierte Persönlichkeiten, unter ihnen, um konkret zu verfahren, einen Polen. Seit mehr als einem Jahre ist die Aktion in vollem Flusse, alles hat sich mit Wissen, unter den Augen und großenteils unter Inanspruchnahme der örtlichen Behörden abgespielt, und wir durften feststellen, daß die getroffenen Hilfsmaßnahmen vielerorts zum Erfolge geführt hatten. Da wurden

kurz vor den Wahlen jene drei Herren auf Veranlassung des Wojewoden festgenommen.

Denn einer von ihnen, Herr Dr. Lück, war unser Kandidat auf der Liste 18. Und **gleichzeitig** wurden ebenfalls auf Veranlassung des Wojewoden die **Geschäftsräume der Genossenschaft geschlossen.** Als nach den Wahlen die drei Herren wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, bemühten sie sich sofort bei der Wojewodschaft, bei dem vom Finanzministerium zur Überwachung der Genossenschaft eingesetzten Regierungskommissar und endlich beim Genossenschaftsrat in Warschau um die Öffnung der Geschäftsräume, damit die laufenden Geschäfte wieder aufgenommen werden können. Überall und immer wieder wurde ihnen auf ihre Vorstellungen erwidert, wenn der und der sein Vorstandsamt niederlegt, und wenn neue Herren in den Vorstand gewählt werden, dann kann die Genossenschaft ihre Tätigkeit sofort **wieder aufnehmen. Daraufhin entschlossen sich die bezeichneten Herren** im Interesse der Genossenschaft, von ihren Posten zurückzutreten, und es wurden in einer Sitzung des Aufsichtsrates, die im Beisein des Regierungskommissars stattfand, für die ausgeschiedenen neue Vorstandsmitglieder gewählt. Von einer Wiedereröffnung der Geschäftsräume und einer Herausgabe der Geschäftsbücher war aber trotzdem keine Rede. Vielmehr hatte **inzwischen der Wojewode die Liquidation der Genossenschaft angeregt.** Der Genossenschaftsrat bezw. der Herr Finanzminister hatten ihrerseits nicht gezögert, dem Wunsche des Wojewoden nachzugeben und hatten bei dem Gericht in Luck in der Tat den Erlaß eines Liquidationsbeschlusses beantragt. Vergeblich baten wir vor 4 Wochen den Herrn Finanzminister, den Antrag zurückzuziehen. Der Herr Finanzminister zeigte zwar scheinbar weitgehendstes Verständnis für unser Vorbringen, es geschah aber nichts trotz unseres wiederholten Drängens bei dem zuständigen Ministerialdirektor. Vielmehr blieb das an das Gericht gerichtete Ersuchen bestehen und **nach anfänglichem Zögern verstand sich in diesen Tagen auf Drängen der Wojewodschaft ein Richter dazu, die Liquidation der Genossenschaft auszusprechen.** Und nun, meine Herren, die Begründung: 1. **Weil die Genossenschaft seit dem 1. März ihre Tätigkeit vollständig eingestellt hat!** Ja, um Gotteswillen: erst macht der Wojewode der Genossenschaft die Weiterarbeit durch eigenmächtige Schließung der Geschäftsräume unmöglich, und dann wird diese behördlich erzwungene Untätigkeit der Genossenschaft als Schuld angerechnet! 2. **Weil die Genossenschaft keinen Vorstand habe.** Ein ebenso widersinniger Vorwurf. Erst werden einige der alten Vorstandsmitglieder von den verschiedenen Amtsstellen zur Resignation veranlaßt, dann trägt das Gericht die neugewählten Vorstandsmitglieder nicht ein und zwar wegen eines bei der Wahl vorgekommenen Fehlers, an dem wohl der Regierungskommissar die Hauptschuld trägt, und nun heißt es, die Genossenschaft habe keinen Vorstand. Als ob nicht in einer neuen Sitzung des Aufsichtsrates der vorgekommene Fehler gutgemacht werden könnte!

Wird durch einen solchen Spruch das Recht nicht geradezu geschändet? Aber es ging da eben allen jenen Herren, die sich in dieser sauberen Sache in die Hände gearbeitet haben, gar nicht darum, der Rechtsordnung zu dienen, sondern ganz einfach darum, ein Unternehmen, das sich Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit geschaffen, mit Hilfe polnischer Liquidatoren kaputt zu schlagen. Hat doch einer der Oberbeamten der Lucker Wojewodschaft ganz offen vor Zeugen erklärt: „Alle, die in der „Kredit Luck" mitgearbeitet haben, werden wir vernichten und zertreten." Und derselbe ehrenwerte Herr ist jetzt zum Liquidator der Genossenschaft bestellt worden!

Zu solchen chaotischen Zuständen führt es, wenn Haß und Unduldsamkeit jede Logik und jedes Rechtsempfinden über den Haufen rennen, und wenn die Exekutive in krankhafter Selbstüberschätzung ihrer Aufgaben und Fähigkeiten von der Kraft ihrer Ellbogen allzu reichlichen Gebrauch macht. Man hat uns vor Jahren gesagt: habet Geduld, wartet noch ein wenig, so bald nach dem Weltkriege kann sich der ethische Gedanke, daß jedes Volkstum der Erhaltung wert ist, nicht durchsetzen. Und wir haben gewartet. **Heute aber sind 10 Jahre über solchem Warten dahingegangen,** und mir scheint, daß in einem Zeitraum von 10 Jahren immerhin eine geistige Umstellung sich hätte vollziehen können. Das um so mehr, als sich

in einer Reihe anderer europäischer Staaten der Geist der Minderheitenschutz-Verträge inzwischen sehr stark durchgesetzt hat,

und daß **dort bedeutungsvolle Schritte nach vorwärts getan** wurden.

Es berührt besonders eigenartig, daß **selbst im Außenministerium,** das doch am stärksten in die Rechtsentwicklung anderer Staaten Einblick hat, so gar **kein Verständnis** für die charakteristischen Linien dieser Entwicklung zu spüren ist. Als in diesen Tagen der Herr Außenminister in der Außenkommission von dem Urteil sprach, das das Internationale Tribunal im Haag in der Oberschlesischen Schulfrage gefällt hat, da griff er aus der umfangreichen Urteilsbegründung einen Satz heraus, der für den entscheidenden Urteilstenor gar keine Bedeutung hat. Und er stellte es so dar, als ob die Deutschen Oberschlesiens und der Herr Präsident **Calonder** mit ihrer Ansicht, daß über die Zuweisung eines Kindes zur Minderheitenschule einzig und allein der freie Wille des Erziehungsberechtigten entscheide, desavouiert worden seien. **Gerade das Gegenteil ist richtig.** Das Urteil hat sich mit aller Deutlichkeit dahin ausgesprochen, **daß an dem Willen des Erziehungsberechtigten nicht gerüttelt und gedeutelt werden darf,** und daß die Willenserklärung weder einer behördlichen Nachprüfung noch Beanstandung unterliegt. Demgegenüber spricht der Satz, daß die Zugehörigkeit zu einem Volkstum durch gewisse tatsächliche Merkmale gekennzeichnet sein muß, nur eine Selbstverständlichkeit aus, insofern als sich nicht etwa irgendeine beliebige Anzahl von Personen als eine xbeliebige Minderheit ausrufen kann. Damit ist aber nichts dagegen gesagt, **daß insbesondere im Völkergemisch des osteuropäischen Staatengürtels schließlich und endlich nur der Wille des einzelnen über seine völkische Zugehörigkeit entscheidet.** Jeder von uns weiß, daß in unseren Reihen Hunderte von Trägern polnischer Namen zu finden sind, und ebenso innerhalb der polnischen Bevölkerung Hunderte von Trägern rein deutscher Namen, jedem von uns ist bekannt, daß diesseits und jenseits der Grenzen Hunderte von Mischehen geschlossen wurden und geschlossen werden. Welches sollen denn die objektiven Merkmale sein, nach denen sich das Volkstum der Kinder aus diesen Ehen bestimmt? Es gibt eben keine untrüglichen objektiven Merkmale. Das ist für alle, die sich ein klein wenig mit dem Minderheitenproblem beschäftigt haben, und die vor allen Dingen den Willen besitzen, in den Gesamtfragenkomplex des Minderheitenproblems einzudringen, eine Binsenwahrheit. Bei solcher Einstellung des Herrn Außenministers zu dem Entscheide des Höchsten Tribunals im Haag ist es kein Wunder, wenn auch jetzt wieder in Oberschlesien die Neuanmeldung von Kindern zur Minderheitenschule durch schärfsten Terror verhindert wird, und daß die Behörden mit verschränkten Armen diesem Treiben zusehen.

Aber das ist ja eben das **Eigentümliche in der Einstellung unserer Regierung** und derjenigen Geistesrichtung, auf die sie sich stützt, daß es ihr gar nicht um das Suchen und Finden allgemein gültigen Rechtes geht, sondern

daß sie sich an die Opportunität subjektiver Einstellung klammert,

die im Hinblick auf das polnische Problem eine andere ist, als im Hinblick auf das deutsche. Es liegt gar nicht am Mangel der Erfassung des Problems Volkseinheit neben Staatseinheit, denn für die Regierung, wie für die breiteste polnische Öffentlichkeit ist es eine Selbstverständlichkeit, **daß jeder Pole außerhalb der Staatsgrenzen sein Volkstum als heiligstes Gut festzuhalten hat, eine eben solche Selbstverständlichkeit, daß jeder Pole draußen des stärksten Rückhaltes bei dem staatlichen Muttervolke gewiß sein darf.** Wie stark der innere Zusammenhang und die wechselseitige geistige Befruchtung innerhalb des polnischen Gesamtvolkes ist, zeigte gerade kürzlich wieder eine von dem bisherigen polnischen Abgeordneten im preußischen Parlament Herrn Baczewski, abgegebene Erklärung. Herr Baczewski stellte in Krakau mit Befriedigung fest, daß seit dem Bestehen der Regierung des Marschalls Pilsudski **der Wille der Polen in Deutschland, an ihrem Volkstum festzuhalten, eine außerordentlich starke Belebung erfahren habe.**

Wenn wir aber Fühlung mit den Deutschen im Reiche suchen, so schreit man „Staatsverrat". Auf der einen Seite hält es die Regierung für ihre Pflicht, die Bindungen der **außerhalb der Staatsgrenzen siedelnden Polen an das polnische Muttervolk** möglichst eng zu gestalten, und zu diesem Zwecke ist unter anderem ein Ministerialerlaß ergangen, nach dem **billige Pässe an solche polnische Antragsteller zu verabfolgen sind, die ihre Verwandten in Deutschland, insbesondere in den Grenzdistrikten, aufsuchen wollen.** Wenn wir dagegen aus gleichem Anlaß billige Pässe beantragen — unsere verwandtschaftlichen Bindungen nach drüben sind wohl noch zahlreicher — so erhalten wir regelmäßig und ganz absichtlich eine Ablehnung. **Die Regierung will eben nicht, daß durch die Aufrechterhaltung der persönlichen Beziehungen unser völkisches Zusammengehörigkeitsbewußtsein lebendig erhalten wird.**

Die Senkung der normalen Paßgebühr

von 500 auf 250 Zloty hat für das Gros der Bevölkerung gar keine Erleichterung gebracht, denn auch eine Paßgebühr von 250 Zloty für die meisten ein unerschwinglicher Betrag. Unerschwinglich vor allem für unsere lernende Jugend. Es ist wirklich kaum glaublich, daß zu Beginn des 20. Jahrhunderts von einem europäischen Kulturstaate jungen Männern und jungen Mädchen durch das Mittel der unerschwinglichen, bei jeder neuen Ausreise wiederholt zu erledigenden Paßgebühr **sogar die Aufsuchung ausländischer Bildungsanstalten erschwert oder gänzlich unmöglich gemacht wird.** Und doch ist es so. Denn immer wieder erhalten deutsche Antragsteller aus dem Kultusministerium den Bescheid, daß kein Anlaß vorliege, den nachgesuchten billigen Paß zu bewilligen, **weil analoge Bildungsanstalten in Polen zur Verfügung stünden.** Eine derartige Bevormundung durch das Kultusministerium ist doch wohl heute nicht mehr ganz am Platze. Schließlich ist es Sache jedes Einzelnen, sich über den Wert der Bildungsanstalten, die ihm zur Auswahl stehen, selbst ein Urteil zu bilden, und man wird es verstehen, daß einem Deutschen daran liegen muß, wenigstens einen Teil seiner Geistesbildung an den Quellen deutschen Kulturlebens zu schöpfen.

Dem Hohen Hause wird bekannt sein, daß in diesem Jahre in Wien ein großes deutsches Sängerfest stattfindet, zu dem auch die deutschen Gesangvereine in Polen eine Einladung erhalten haben. **Selbst zum Besuche dieser Veranstaltung will der Herr Referent des Finanzministeriums billige Pässe nur in beschränkter Anzahl bewilligen,** de facto also den meisten Vereinen den Besuch der Veranstaltung verwehren, weil seiner Meinung nach die Veranstaltung **pangermanischen** Zielen dient. Nun, **wenn die Regierung die Vereinigung Deutscher aus aller Welt im Zeichen des deutschen Liedes als Bekenntnis zum Pangermanismus ausspricht, dann sind wir Pangermanisten.** Aber in diesem Sinne verlangen wir unseren Pangermanismus zu achten als eine Form europäischer Gemeinschaftsbildung, die einen ebensolchen bedeutungsvollen und unentbehrlichen Faktor in der gesellschaftlichen Gliederung der europäischen Menschen darstellt, wie der Staat. **Wenn wir uns zu unserem Deutschtum bekennen, und stolz darauf sind, Deutsche zu heißen, so deshalb, weil wir uns als lebendige Glieder am Körper des deutschen Gesamtvolkes fühlen.** Als solche haben wir **die heilige Pflicht, unsere völkische Eigenart hochzuhalten, und dafür zu sorgen, daß sie in unseren Kindern und Kindeskindern ungeschmälert fortlebt.**

Daß wir in Erfüllung dieser Pflicht von allen staatlichen Stellen ganz bewußt auf Schritt und Tritt behindert werden, ja, daß die Regierung die ganze Fülle ihrer Macht dazu einsetzt, das Deutschtum in Polen entweder zur Abwanderung zu bringen oder aber im polnischen Volke aufgehen zu lassen, empfinden wir als das schreiendste Unrecht, das im Zeichen einer auf Volksversöhnung und Menschheitbefriedung gerichteten Zeit an den Angehörigen eines großen Volkes begangen werden kann. Zum Zeichen unseres einmütigen Protestes gegen dieses Unrecht werden wir gegen das Budget stimmen.

Die deutsche Delegation für Genf.

Die Juni-Sitzung des Völkerbundrates beginnt am Montag, 4. Juni, und wird voraussichtlich bis zum 9. Juni dauern. Die deutsche Delegation wird geführt von Staatssekretär von Schubert; sie besteht ferner aus den Ministerialdirektoren Gaus und von Dircksen sowie dem Gesandten Freitag, Geheimrat Weizäcker und Legationsrat von Twardowski. Das Verhandlungsprogramm enthält keine großen weltpolitischen Fragen. Die polnisch-litauische Frage, die St. Gotthard-Affäre, die rumänisch-ungarische Frage, die oberschlesische Schulfrage sind von allgemeinem Interesse.

Der neue polnische Gesandte in Berlin.

Berlin, 1. Juni. Der jetzt zum polnischen Gesandten in Berlin ernannte bisherige polnische Gesandte beim Quirinal, Roman Knoll, ist erst 39 Jahre alt. Er war bis 1918 in seiner Heimatstadt Kiew Rechtsanwalt. Schon in den Jahren 1911 bis 1914 gehörte Knoll der illegalen polnischen Unabhängigkeitsbewegung in Rußland an. Im Mai 1918 wurde er zum Generalsekretär der provisorischen Vertreter des polnischen Staates in Moskau bestellt. 1922 war er Generalsekretär der polnischen Delegation zur Konferenz von Genua. Dann wurde er 1923 Gesandter in Moskau. 1924 wurde er als Gesandter nach Angora entsandt. 1926 nach Warschau zurückberufen und zur Disposition gestellt, beteiligte sich Knoll an der Vorbereitung der Pilsudski-Aktion und nach gelungener Tat wurde er im Mai 1926 zum Staatssekretär im polnischen Außenministerium ernannt. Anfang 1927 ging er als Gesandter nach Rom.

Wovon Benesch in Berlin gesprochen hat.

Der Brüsseler Korrespondent des „Daily Telegraph" behauptet, über den Besuch Beneschs in Berlin folgende Einzelheiten in Erfahrung gebracht zu haben:

Benesch soll bei einer Unterredung mit Staatssekretär v. Schubert den Einspruch gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland fallengelassen haben unter der Bedingung, daß dieser Anschluß nur der Teil einer mitteleuropäischen Union sei, der auch die Tschechoslowakei angehören würde.

Benesch soll zunächst bei der Besprechung der Anschlußfrage darauf hingewiesen haben, daß ein Anschluß Österreichs an Deutschland die alten Feindschaften zwischen diesen beiden Ländern einerseits und England und Frankreich andererseits wiedererwecken werde. Seine letzten Erfahrungen in London und Paris bewiesen, daß in diesen beiden Hauptstädten Deutschland nicht mehr als Feind von gestern, sondern nur noch als Partner in der großen Aufgabe des Wiederaufbaues des ruinierten ökonomischen Baues Europas betrachtet würde. Daher würde er gegen die Vereinigung Deutschlands mit Österreich keine ernsthaften Bedenken hegen, wenn die beiden Staaten sich innerhalb einer mitteleuropäischen Kombination zusammenschließen würden, was natürlich die Haltung der Tschechoslowakei gegenüber dem Anschluß erheblich ändern würde.

Beginnen müßte man mit einer wirtschaftlichen Kombination, einer Art mitteleuropäischen Zollvereins, der sich möglicherweise später zu einer politischen Einheit auswachsen würde. Seine Absichten richteten sich weder gegen Ungarn noch Italien.

Der tschechische Außenminister hätte Berlin mit sehr angenehmen Eindrücken verlassen.

Was von deutscher Seite Dr. Benesch auf diese Anregungen geantwortet worden ist, erfährt man aus dem Vorstehenden leider nicht.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 125.

Bromberg, Sonnabend den 2. Juni 1928.

Pommerellen.

1. Juni.

Graudenz (Grudziądz).

× **Die vierjährige Nachbesteuerung einer erheblichen Anzahl Hausbesitzer,** die ihre Gebäude allein bewohnen bzw. allein benutzen (Gesetz vom 17. 6. 24, Dz. Ust. Nr. 51, 24) kam in einer am Mittwoch im „Goldenen Löwen" abgehaltenen Versammlung des Schutzverbandes selbständiger Kaufleute zur Beratung. Auf den vom Verband seinerzeit eingereichten Protest ist bisher von der Steuerbehörde kein Bescheid eingegangen, wohl aber haben einzelne von der Nachbesteuerung Betroffene auf ihren Einspruch Antwort in ablehnendem Sinne erhalten. Nach eingehender Besprechung der in der Angelegenheit zu unternehmenden Schritte wurde beschlossen, eine aus drei Herren bestehende Delegation zum Finanzministerium in Warschau zu entsenden, die gegen die Nachversteuerung vorstellig werden soll, um im Falle des Erfolges eine von den Betreffenden einzeln beim Oberverwaltungsgericht gegen die Nachversteuerung an sich bzw. gegen die Höhe der Steuersätze zu erhebende Klage gegenstandslos zu machen. Auch beim Magistrat wird in der Angelegenheit noch vorgesprochen werden. Eventl. wird eine Klageaktion von Mitgliedern des Verbandes durch das Vorstandsmitglied Rechtsanwalt Partikel eingeleitet werden. *

* **Apotheken-Nachtdienst.** Von Sonnabend, 2. Juni, bis einschließlich Freitag, 8. Juni: Schwanen-Apotheke (Apteka pod Łabędziem), Markt. *

× **Die Bautätigkeit** ist hier nach wie vor minimal. Neubauten von Privathäusern, auf die von Jahr zu Jahr gehofft wird und die des großen Mangels an Wohnungen wegen so dringend erforderlich sind, sind bis jetzt überhaupt nicht begonnen worden. Vielleicht wird das anders, wenn erst der Anleihesegen sich über uns ergießt. Inzwischen bestehen die Bauarbeiten lediglich in Auffrischungen von Hausfronten. *

× **Die Zahl der Autobusse,** die von hier aus den Verkehr mit benachbarten Städten vermitteln, hat wieder eine Vermehrung erfahren. Anstatt des einen zwischen Graudenz und Briesen fahrenden Auto-Omnibusses fahren auf dieser Strecke jetzt zwei: damit vermitteln jetzt sechs Autos die Verbindung unserer Stadt mit Neuenburg, Culm, Briesen und Schwetz. *

× **Das Fahrtempo federloser Wagen und Lastwagen.** Der Stadtpräsident gibt amtlich bekannt, daß auf Grund der Polizeiverordnung über den Straßenverkehr vom 15. April 1910 Wagen ohne Federn und Lastwagen auf dem Gebiet der Stadt Graudenz nur im Schritt fahren dürfen. *

× **An der Trinke entlang nach Kl. Tarpen** muß man leider feststellen, daß für den Schutz des Ufers nicht überall ausreichend gesorgt ist. So hat z. B. hinter der Poniatowskibrücke, gegenüber der Tarpener Schule, der Kanal mehrere beträchtliche Ausbuchtungen in das dort ganz flache ungeschützte Ufer gerissen, die erheblich in den Weg hineinragen. Hier den alten Zustand wieder herzustellen und den Kanalrand genügend durch eine Schutzwand zu festigen, ist ein dringendes Erfordernis. *

* **Einen unerfreulichen Anblick** bietet das Gelände an der linken Seite der Kulmerstraße bis zum Eisenbahnübergang. Die teilweise ganz fehlenden oder total verbogenen, verrosteten Eisenstangen des erst vor anderthalb Jahren hergestellten und inzwischen bereits erneuten Zaunes bedürfen wieder dringend der Reparatur bezw. des Ersatzes. *

* **Aus der Polizeichronik.** Frau Helena Tyburtins, Marienwerderstr., zeigte der Polizei einen bei ihr vollzogenen Diebstahl an Wäsche, Schuhwerk, Likör und Zigaretten an. — Dem Mieter Leonard Pieniążek, Getreidemarkt, sind 11 Brieftauben im Werte von 200 zł entwendet worden. — Anton Okonkowski, Kasernenstr. 23, wurde eine Taschenuhr im Werte von 200 zł gestohlen. — Festgenommen wurde eine Person wegen Diebstahls und eine Person zwecks Überführung zum 3. Kommissariat. *

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Romane der Welt. Die vollständige Reihe der von Thomas Mann und H. G. Scheffauer herausgegebenen Romane der Welt, die inzwischen auf 61. Bände angewachsen sind, zeigt zusammen mit den billigen Knaurbüchern die Buchhandlung Arnold Kriedte, Mickiewicza 3, in einem Sonderschaufenster. Hier wird wirklich gute Lektüre zu einem unerhört niedrigen Preise geboten. Jeder Bücherfreund sollte sich daher die Ausstellung ansehen. Näheres im heutigen Inserat. (7861 *

Thorn (Toruń).

—* **Der Starost** hat einen fünfwöchentlichen Urlaub angetreten und wird in den Amtsgeschäften durch den Kreisdeputierten Landwirt Kentzer aus Lipniczek vertreten. **

—* **Zum Vorsitzenden des Kreisgerichts** wurde der bisherige Kreisrichter Hermann ernannt. **

—dt **Das Finanzamt** macht darauf aufmerksam, daß Hausbesitzer, sofern sie einen Mieter wechseln und dem neuen die Miete erhöhen, dieses innerhalb 30 Tagen der Steuerbehörde melden müssen. Die Miete muß mit der Summe, welche zur Besteuerung angegeben wurde, übereinstimen, andernfalls sich die betreffenden Hauswirte strafbar machen. **

—dt **Wünsche der Rechtsanwälte.** In vergangener Woche fand hier eine Juristentagung sämtlicher polnischer Rechtsanwälte und Notare statt. Man beschloß verschiedene Resolutionen, u. a. wendete man sich mit scharfer Kritik gegen die vielen „Rechtsvertreter" und Winkeladvokaten, wobei an die maßgebenden Behörden der Wunsch gerichtet wurde, hinfort keine weiteren Rechtsvertreter zu den Amtsgerichten zuzulassen bzw. die Zahl der bisherigen herabzusetzen. **

—dt **Die städtische Hotelsteuer** ist vom Wojewoden bestätigt worden und wird in Höhe von 20 Prozent von der Zimmermiete erhoben. Hotelbesitzer und Pensionatsinhaber sind verpflichtet, ein genaues Verzeichnis der Gäste zu führen, wonach die Steuer berechnet wird. **

t **Die Übungsflüge** der hiesigen Fliegerstation haben mit Beginn des schönen Wetters wieder eingesetzt, und wie in den Vorjahren kann man die Flugzeuge besonders in den Morgen- und Vormittagsstunden über der Stadt und dem Stadtpark kreuzen sehen. Unseres Wissens ist den Militärfliegern das Überqueren des Stadtgebiets nicht gestattet, einmal wegen des ruhestörenden Lärms und dann wegen etwaiger Unfallgefahr, zumal auch schon früher viele Klagen aus der Bürgerschaft darüber laut geworden waren. **

t **Zum Andenken an das Sängerfest,** das Pfingsten hierselbst stattgefunden hat, will man anscheinend die über die Straßen gespannten grünen Girlanden mit den Begrüßungsplakaten hängen lassen. Es ist heute bereits der dritte Tag nach der Veranstaltung vergangen, ohne daß die inzwischen vertrockneten Girlanden, die nun neicht mehr als Schmuck gelten können, entfernt wurden. **

‡ **Das geköpfte Denkmal.** An Stelle der marmornen Schiller-Bank, die jetzt im vorderen Teile des Stadtparkes allerdings ohne das Kopfrelief Aufstellung gefunden hat, wurde vor Jahren auf der ehemaligen Schiller-Wiese ein Denkmal des großen polnischen Komponisten Moniuszko aufgestellt und eingeweiht. Nachdem nun der Platz für die große Gartenbau-Ausstellung gebraucht und umgewandelt wird, will man das Denkmal anscheinend an anderer Stelle aufbauen. Spaziergänger bemerkten jedenfalls am Donnerstag, daß die große Büste des Komponisten vom Sockel entfernt war und auf dem Erdboden lag. Wegen der strengen Absperrung des ganzen Platzes konnten sie nicht nähertreten, um sich an Ort und Stelle zu überzeugen, was es für eine Bewandtnis mit dem Denkmal habe. **

t **Mehr Pflege den Straßenbäumen!** An den in verschiedenen Straßen befindlichen Straßenbäumen wuchert z. T. neues Grün dicht über dem Erdboden, das den Stämmen die meiste Kraft und Nahrung fortnimmt. Ganz besonders ist dies bei den schönen Rüstern der Fall, die in der ehemaligen Körnerstraße stehen, in der sich jetzt die Villa des Wojewoden befindet. Hier müßte die Gartenbauverwaltung allgemein für Abhilfe sorgen, zumal zu der geplanten Gartenbau-Ausstellung sicherlich viele Fachleute von außerhalb eintreffen werden, die sich auch die städtischen Anlagen und Pflanzungen mit kritischen Blicken betrachten werden.

t **Ein ungetreuer Postangestellter** wurde auf dem Postamt Thorn II (Hauptbahnhof) in der Person des Funktionärs Feliks Torzewski verhaftet. Er hatte aus Postsendungen aus Amerika, die auf dem Amt zur Verzollung geöffnet wurden, Wertgegenstände sich angeeignet. **

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Einen neuen Friseursalon eröffnete gestern der langjährige Angestellte der Fa. Ebert, Friseurmeister Paul Knieć, in der Gerberstraße (Wielkie Garbary) 22, neben „Auto-Traktor". Neben der Herrenabteilung wird hier als Spezialität Damenhaarschneiden ausgeführt. Der Inhaber wurde beim letzten Preisfrisieren mit dem 1. Preise ausgezeichnet. (7793 **

\# **Neuenburg** (Nowe), 31. Mai. In der letzten Stadtverordnetensitzung in Neuenburg fand zunächst die Darlegung des Abschlusses der Kämmerei- und Sparkasse statt, worauf dem Rendanten Entlastung erteilt wurde. Ferner ist, wie von anderen Städten, so auch seitens der Stadt Neuenburg die Einlegung eines Protestes beschlossen worden dagegen, daß die bisher von den städtischen Behörden verhängten Ordnungsstrafen durch die Starostei festzusetzen sind. Ferner wurde beschlossen, die Kanalisation weiter auszubauen, anschließend an die in der Hinterstraße bestehende, die Langestraße hinunter bis zum Brauereigrundstück Mierau. Auch soll die Kirchenstraße ein neues Pflaster erhalten, um Geräusche während des Gottesdienstes durch anfahrende Fuhrwerke vor der katholischen Kirche nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Steuerabgabe bei Grundstücksverkäufen blieb an sich auf 4 Prozent bestehen, erfuhr jedoch in der Verteilung derselben die Änderung, daß in Zukunft Kreis und Stadt je die Hälfte erhalten. Für das Kinderfest im Stadtwalde bewilligte die Versammlung einen Beitrag von 300 Złoty vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats, welcher vor dieser Versammlung nicht mehr zusammentreten konnte. Eine Neuwahl des stellvertretenden Bürgermeisters fiel wieder auf den bisher amtierenden Druckereibesitzer Wesolowski. Bei der Ersatzwahl für zwei Mitglieder des Magistrats gingen aus derselben Rektor Tytulski und Kaufmann Szczukowski hervor. — In erschreckender Weise mehren sich die Diebstähle von Blumen auf Gräbern des evangelischen Friedhofs in Neuenburg. Die auswärtige Lage desselben erschwert eine Aufsicht außerordentlich. Die Diebe verkaufen dann den oft wertvollen Blumenschmuck.

h. **Strasburg** (Brodnica), 29. Mai. Die Musterung des Jahrganges 1907 findet hier im Kath. Vereinshause (Dom Katolicki) in folgender Weise statt: am 14. Juni Mannschaften mit den Anfangsbuchstaben A bis einschließlich H, am 15. Juni Buchstabe I bis einschließlich Z und am 16. Juni die Jahrgänge 1906 und 1905 Kat. B. — Das hiesige staatliche Hochbauamt vergibt die Dachdeckerarbeiten an den Zollbeamtenhäusern in Soldau (Działdowo) und Schönwiese (Krajnałąka). Offerten sind bis zum 8. Juni im Bureau einzureichen. — Bei einem Gewitter, das über unsere Stadt und Umgegend zog, schlug ein Blitz in die neuerbaute Scheune des Gutes Geistl. Kruschin (Kruszynki) ein und beschädigte Dach und Bindwerk. Feuer ist nicht entstanden. — Dem Besitzer Władysław Kawecki auf dem Stadtfeld (Miejskie Pole), wurde nachts ein Anzug und eine goldene Taschenuhr gestohlen. In Lemberg (Lembark) stahlen bisher unermittelte Diebe dem Landwirt Leo Behrendt drei Kissen, Einschüttungen, Anzüge, Mäntel usw. im Werte von 500 zł. — In Polnisch-Brzozie (Polskie Brzozie) brach ein Feuer beim Landwirt Peter Karczewski aus, wobei eine Scheune und ein Stall niederbrannten. Ferner sind durch das Feuer die landwirtschaftlichen Maschinen vernichtet. Der Schaden beträgt 24 000 zł. — Vor längerer Zeit brannten dem Besitzer Heldt in Königsmoor (Zanilobłoty) die Gebäude nieder. Um dem Geschädigten beim Aufbau zu helfen, lieferte auch das Gut Buczek Fuhrwerke zum Heranfahren von Ziegelsteinen. Hierbei fuhren die Wagen so nahe an die im Garten stehenden Bienenkörbe, daß die Pferde mit dem Schwengel an einen Korb anhakten und ihn umwarfen. Die wütend gewordenen Bienen ten ein Pferd derart mit ihren Stacheln, daß dieses ten Pferd derart mit ihre n Stacheln, daß dieses nach einigen Stunden verendete.

Die Budgetdebatte im Sejm.

Warschau, 30. Mai. Die Diskussion über den Staatshaushaltsvoranschlag, die gestern im Sejm begann, trug nicht den Charakter eines großen Tages. Sachlich war die Rede des Generalberichterstatters, und auch der Vizepremier Bartel hielt sich streng an das Budgetthema; politische Momente wurden vermieden. Die ganze Rede des Vizepremiers war übrigens der Verteidigung der Beamten gewidmet.

Der Generalberichterstatter Abg. **Prof. Krzyżanowski** sagte einleitend, Polen befinde sich jetzt in der glücklichen Lage, daß die Sorge um die Stetigkeit der polnischen Valuta in Wegfall komme. Unsere Valuta stehe auf einem unbedingt dauernden Fundament. Im Augenblick, als die Stabilisierungsanleihe aufgenommen wurde, war sich die Regierung dessen bewußt, daß die weitere Etappe die eigentliche Investierungsanleihe, besonders für Eisenbahnzwecke sein müßte. Augenblicklich wurde die Verwirklichung dieser Absicht vertagt, wie der Redner hofft, nur für kurze Zeit. Der Stabilisierungsplan sieht vor, daß man die Eisenbahnverwaltung auf autonomische oder Handelsgrundsätze stützen müsse. Der Ausdruck „Kommerzialisierung“ wurde nicht angewandt. Eine solche Reform wäre empfehlenswert, daran würde die Organisationsfähigkeit der Eisenbahn und ihre Rentabilität gewinnen, und die Durchführung dieses Planes würde uns die Aufnahme einer ausländischen Eisenbahnanleihe erleichtern. Im vergangenen Jahre waren die Staatseinnahmen größer als sie veranschlagt waren. Man hatte sie auf etwa zwei Milliarden geschätzt, eingegangen sind dagegen 2,7 Milliarden. Trotzdem hat sich die Regierung auf den Standpunkt gestellt, daß man Anleihen aufnehmen und

die Steuern erhöhen

müsse. Die Gesamtbelastung durch Steuern beträgt etwa 2 Milliarden, mit den Steuern aus den Selbstverwaltungen 3 Milliarden. Unter Berücksichtigung des bei uns hohen Zinssatzes, der vom Kapitalmangel zeugt, muß festgestellt werden, daß die Einziehung größerer Steuern sehr schwierig wäre. Einige Steuern sind schwer und erfordern eine Reform, so z. B. die Umsatzsteuer, die nicht allein von den Umsätzen, sondern auch von Krediten erhoben werde. Dieses Gesetz muß novellisiert werden. Die Steuerreform kann sich aber nur in geringem Maße in der Richtung der Erhöhung der Einkünfte bewegen, muß vielmehr eine entsprechende Verteilung der Steuerlast anstreben.

Mit Recht hat die Regierung das Gesetz über die **ständige Vermögenssteuer** zurückgezogen, nachdem die Gesetze über die Boden- und Gebäudesteuer abgelehnt worden waren. Denn die Steuergesetze bilden ein gewisses Ganzes und die Diskussion an den herausgerissenen Fragmenten führt nicht zum Ziel. Ich nehme an, daß die Regierung mit neuen Vorlagen kommen wird, die eine sachliche Diskussion im Sejm ermöglichen. (Abg. Dąbski: Und was geschieht mit den rückständigen 700 Mill. der Vermögenssteuer?) In gewissem Maße werden sie wahrscheinlich eingezogen werden, doch die Erfahrung hat gelehrt, daß der ganze Betrag uneinziehbar ist. Die Einziehung dieser Steuer im Jahre 1925 hat eine ungünstige Wirkung ausgeübt. (Abg. Wyrzykowski: Die Regierung hat einen Fehler begangen, indem sie das Gesetz über die Vermögenssteuer zurückzog.)

Im Anschluß hieran sprach **Vizepremier Bartel**, dessen Rede wir gestern auszugsweise wiedergaben.

Abg. **Niedziałkowski** (PPS): Die an den Mai-Umsturz in Arbeiter- und Bauernkreisen geknüpften Hoffnungen haben getrogen. Anfangs täuschte man die Massen mit Losungen wie Kampf mit der Sejmherrschaft, mit dem Parteiwesen. Doch diese Losungen erwiesen sich als Legenden. Die Hauptsache liegt daran, daß jedes neue Regierungssystem irgendeinen Gegner finden will, der in der öffentlichen Meinung schwächer wäre und durch dessen Bekämpfung die Regierung an Popularität gewinnen könnte. Wir sehen jedoch etwas anderes: **daß dieses gegenwärtige System unzertrennlich mit einer Einzelperson verbunden ist und daß aus dem Grunde die Stabilisierung dieses Systems sich als undurchführbar herausgestellt hat.** Nach dem Mai-Umsturz haben wir immer gefragt, was weiter werden würde und diese Frage legen wir auch heute vor. Die bisherigen Regierungen haben auf diese Fragen schon viele traurigen Antworten gegeben. Eine davon ist

die vollkommene Übergehung der Frage der nationalen Minderheiten.

An das Morgen dieses Systems glauben wir nicht, wir wünschen aber, daß seine Liquidierung zugunsten der Demokratie und nicht irgendeiner faszistischen Form bewirkt wird. Das Problem der Macht ist nicht ein Problem der genialen Konzeption im Kopfe einer Einzelperson, sondern die Macht muß der Zusammensetzung der sozialen Kräfte im Lande entsprechen. Ebenso ist das Problem der Mehrheit im Sejm nicht ein Problem des bösen oder guten Willens einer gewissen Abgeordnetengruppe, es ist etwas viel Schwierigeres. Das Festhalten an dem bisherigen Organisationsstand der sozialen Wirtschaft und der Verteilung der Lasten unter die Bevölkerung ist unmöglich.

Als Sprecher der Wyzwolenie protestierte der Abg. **Woźnicki** dagegen, daß die Regierung das Budget überschreite und darüber zur Tagesordnung übergehe, als ob es sich um eine normale Erscheinung handele. Wir sind, sagte der Redner, eine Opposition, die wir seit zehn Jahren betreiben. Die normale Opposition findet ihren Ausdruck im Mißtrauensvotum, in der Ablehnung des Budgets, in der Ablehnung des Rekruten. Unsere Opposition ist eigenartig; die Regierungen sind anormal und die Opposition muß sich ihnen anpassen.

Die gegenwärtigen Regierungen halten wir für eine Krankheit,

die der Staat jedoch bis zum Tode überdauern muß. Wenn es schon zum Faszismus gekommen ist, so sollen sie selbst die Krise hervorrufen. Bei Fieber kann man nicht operieren. Man muß sich aber darüber schlüssig werden, wie das einmal liquidiert werden soll. Einst faßte der Sejm den Beschluß, daß sich Marschall Józef Piłsudski um das Volk verdient gemacht hat. Die Geschichte wird über diesen Beschluß keinen Strich machen, wenn es Piłsudski im geeigneten Moment zuwege bringt, das gegenwärtige System zugunsten der demokratischen Regierung zu liquidieren. (Beifall.)

Abg. **Rybarski** vom Nationalen Volksverband wies darauf hin, daß in der Kommission Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und den Parteien in die Erscheinung getreten sind. Der Klub des Redners vertritt den Standpunkt, daß das Budget vollständig sein und alle Staatsausgaben enthalten muß. Grundsätzlich wurde hier eine Bresche durch das Investitionsgesetz und dadurch geschlagen, daß aus dem Budget die Erhöhungen der Beamtengehälter ausgeschaltet wurden. Auf die Frage der Zahlungsbilanz übergehend, erklärte der Redner, daß das Hauptvorbeugungsmittel zur Besserung dieser Bilanz die Vergrößerung der Ausfuhr sei. Die Besserung der Handelsbilanz hänge ebenfalls von einer verständigen Verwendung des Auslandskapitals für die Produktion ab. Wichtiger jedoch sei die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion als der Bau von Gebäuden. **Die Steuerpolitik streifend, vertrat der Abg. Rybarski den Standpunkt,** daß

eine Erhöhung der Steuerbelastung im gegenwärtigen Augenblick nicht angezeigt

erscheine. In der Vermögenssteuer dürfe man ebenfalls keine Rettung suchen, wenn man nicht wolle, daß sich Vorgänge der Zeiten wiederholen, da man diese Steuer so energisch einzuziehen begann, daß die Getreidepreise katastrophal sanken. Zum Schluß stellte der Redner fest, daß das Ziel einer starken Regierung die Stetigkeit des Regierens sein müßte. Das Volk weiß es, daß sich das System nicht auf die Allmacht der Ausführungsorgane stützen dürfe, das Volk wünsche auch keine pseudo-parlamentarische Regierung, die von einer zufälligen Mehrheit abhängig ist. Eine starke Regierung müßte aber nach Ansicht des Redners unter die Kontrolle der gesetzgebenden Faktoren gestellt werden. **Für die Tätigkeit der Regierung sei die ganze Regierung verantwortlich, nicht aber einzelne Minister.** Der Klub des Redners sei dagegen, daß man den einzelnen Ministern das Mißtrauensvotum ausspricht und beantrage daher entsprechende Änderungen in der Konstitution, wobei man sich vor dem zufälligen Mißtrauensvotum für das Kabinett sichern müsse. Ein Antrag auf ein Mißtrauensvotum müßte eine bedeutendere Zahl von Unterschriften enthalten, man könnte auch eine Klausel einführen, nach welcher die heutigen Beschlüsse bestätigen müßten, daß es bekannt sei, was die Mehrheit wolle und nicht wen sie wolle. Der Klub des Redners ist auch für die Erhöhung der Altersgrenze bei dem aktiven Wahlrecht, für die Verminderung der Zahl der Abgeordneten zum Sejm und für die richtige Anwendung der Wahlpropaganda. Trotzdem sein Klub nicht die Verantwortung für die gegenwärtige Regierung trägt, so halte er es doch angesichts der Schwierigkeiten und Gefahren für notwendig, mit dem vorübergehenden Zustand der Zersetzung ein Ende zu machen und sich nicht mit der Kritik zu begnügen, sondern positive Anträge zu stellen.

Abg. **Chądzyński** (NPR) gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Regierung kein Gesetz über Zusatzkredite eingebracht habe. Er erkennt die Verdienste der Regierung an der Stabilisierung der Valuta an, spricht ihr jedoch jegliche Leidenschaft im Kampf mit der Defizitbilanz ab. Unsere Produktion, sagte der Redner, muß billiger und die Verwaltungskosten bedeutend herabgesetzt werden. Sein Klub erkennt die Notwendigkeit, das Budget zu beschließen, an, da er einen neuen Konflikt nicht wünsche, er werde zu dem ganzen Gesetz eine sachliche Stellung einnehmen. Nachdem noch der Abg. **Naumann** vom Deutschen Klub gesprochen hatte (wir werden seine Ausführungen im Wortlaut bringen), wurde eine Pause angeordnet.

Eine Friedenskundgebung Coolidges.

Bei der Gedächtnisfeier für die im Kriege Gefallenen hielt am Mittwoch Präsident Coolidge auf dem Nationalfriedhof von Gettysburg eine Rede, in der er einen ausführlichen Überblick gab auf die Friedenspolitik seiner Regierung in den vergangenen Jahren und betonte, daß die Streitkräfte in den Vereinigten Staaten im Verhältnis zu der Ausdehnung des Landes und der Bedeutung seiner überseeischen Unternehmungen gering genannt werden müssen, und daß die Welt wissen müsse, daß sie lediglich zur eigenen Verteidigung und zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens dienen. Die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in Haiti, Nikaragua und China hätte nur das Ziel, das Leben und die Güter amerikanischer Bürger zu beschützen und in den beiden erstgenannten Ländern seien sie außerdem auf ausdrücklichen Wunsch der dortigen Regierungen.

Die großen wirtschaftlichen Interessen der Union in aller Welt brächten es mit sich, daß Amerika — ganz abgesehen von den Gründen der Menschlichkeit — jede Kriegsgefahr zwischen anderen Nationen mißbillige. Jedes Volk, das sich großen Rüstungen und militärischem Gepräge hingibt, laufe Gefahr, in sich selbst den Kriegsgeist zu wecken. Die Welt sei aber jetzt in der Zivilisation und durch eigene Erfahrung soweit fortgeschritten, daß ein großer Waffenkonflikt kaum mehr durch feste Pläne, sondern nur durch unglückliche Zufälle entstehen könne. Der Zug der Zivilisation sei zweifelsohne auf den Frieden gerichtet. Krieg und Frieden heiße Anwendung der Vernunft. Frieden sei aber vor allem ein Zustand gesitteter Verfassung. Rüstungen seien keine Friedensbürgen. Eines der sichersten Mittel zu seiner Erhaltung seien die Friedensverträge, wie sie Amerika jetzt mit den meisten Staaten der Welt vorbereite. In diesem Zusammenhang kam Coolidge auf den Friedenspakt zu sprechen, den Briand im Januar vergangenen Jahres den Vereinigten Staaten anbot, und der durch den Gegenvorschlag der Regierung in Washington zu einem allgemeinen Antikriegspakt zwischen den großen Nationen der Welt geworden sei. Dieser Vorschlag, den Staatssekretär Kellogg im April Deutschland, England, Frankreich, Italien und Japan unterbreitet habe, sei sehr wohlwollend aufgenommen worden, und zwar nicht nur von der öffentlichen Meinung in Amerika, sondern auch von den betreffenden Regierungen.

„Mir scheint es, daß die größte Ehrung, die wir denen antun können, die auf dem Schlachtfeld gefallen sind, darin besteht, daß wir ein ernstes Gelübde ablegen, daß wir alle unsere Anstrengungen darauf richten wollen, die Wiederkehr eines Krieges zu verhindern. Die Regierung „aus dem Volk und für das Volk“, die Lincoln in seiner unsterblichen Rede (bei Einweihung dieses Friedhofes) umschrieb, ist eine Regierung des Friedens, nicht des Krieges, und unsere Toten werden nicht umsonst gestorben sein, wenn wir — von ihrem Opfer angefeuert, — uns mit allen unseren Kräften bemühen, das Vergießen von Menschenblut zu verhindern.“

Ferngespräche über 36000 Kilometer.

Die Oberbürgermeister von Köln und von Batavia begrüßen sich.

Zwei geschichtliche Ereignisse erlebte die Pressa im Laufe des 29. Mai. Am Nachmittag wurde, wie die „Köln. Ztg.“ berichtet, die Fernsprechverbindung Köln mit Niederländisch-Indien eröffnet. Ein Frühstück hatte eine auserlesene Schar von Gästen vereinigt. Anwesend waren u. a.: der niederländische Arbeitsminister Dr. Sleetemaker, der Staatssekretär Feyerabend, der Vorsitzende der Vereinigung niederländischer Zeitungsverleger und Inhaber des De Nederlandsche Dagbladpers, Direktor C. A. Vieweg sowie Oberbürgermeister Dr. Adenauer. Seine Begrüßungsansprache hielt Direktor Vieweg in deutscher Sprache. Er führte u. a. aus: „Hochverehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Adenauer! Es ist uns eine hohe Ehre, daß Sie einige Augenblicke Ihrer kostbaren Zeit hergeben, um hier mit uns zusamenzukommen und um nachher mit Ihrem Kollegen in Batavia einen radio-telephonischen Gruß zu wechseln. Das gibt uns Gelegenheit, Ihnen herzlichst Glück zu wünschen zum hervorragenden Erfolg der Internationalen Presse-Ausstellung in Ihrer ehrwürdigen Stadt, eine Ausstellung, die einen neuen Triumph des ungeschwächten deutschen Unternehmungsgeistes und seiner großen Kraftentfaltung darstellt.“

Im Staatenhaus begrüßte Regierungskommissar Graadt van Roggen die Gäste. Dann folgte innerhalb weniger Minuten die Verbindung mit Batavia über den Sender in Eindhoven bei Den-Haag. Zuerst sprach der niederländische Arbeitsminister Dr. J. R. Sloetemaker mit dem stellvertretenden Generalgouverneur in Batavia, C. R. Creutzberg, und übermittelte ihm die Grüße Hollands aus der großen Kulturschau in Köln, die ein wichtiges Bindeglied sei zwischen den Völkern der Welt. Nun kam aber auch der Vater zu seinem Recht, denn drüben meldete sich Dr. Sloetemaker jr., Missionskonsul in Batavia, und zwischen Vater und Sohn entspann sich ein angeregtes Familiengespräch über die gewaltige Entfernung von 18000 Kilometer. Dann übergab der Minister seinen Platz vor dem Mikrophon dem Kölner Oberbürgermeister, der nun seinen Kollegen in Batavia wie folgt begrüßte: „Hier ist der Oberbürgermeister in Köln. Es ist mir eine große Freude, Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister von Batavia, aus Anlaß der Eröffnung des radio-telephonischen Verkehrs von der niederländischen Abteilung der Pressa aus persönlich begrüßen zu können.“ Regierungskommissar Graadt van Roggen übersetzte die Begrüßung. Die Verständigung war allgemein gut, besonders auf der Strecke von Batavia bis Köln. Diese Radioferngespräche sollen jeden Dienstag auf der Pressa wiederholt werden.

Das zweite geschichtliche Ereignis des 29. Mai war eine Fernsprechverbindung Köln-Pressa mit Buenos-Aires, gleichfalls über die gewaltige Strecke von 18000 Kilometer.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Maiglöckchen.“ Wenn über diesen Punkt nicht eine bestimmte Vereinbarung mit dem Schuldner getroffen ist, ist Ihre Tochter zur Ausstellung einer löschungsfähigen Quittung bei jeder Ratenzahlung nicht verpflichtet. Der Schuldner hat davon keinen Nachteil, da die Sicherheitshypothek nicht für den Nominalbetrag haftet, auf den sie ausgestellt ist, sondern nur für den wirklichen Schuldbetrag. Alle mit der Schuld zusammenhängenden Kosten hat der Schuldner zu tragen, also auch die für die löschungsfähige Quittung.

„Amerika.“ Die Einreise nach den Vereinigten Staaten ist kontingentiert, und das Kontingent für das laufende Jahr sogar für Deutschland schon erschöpft. Die Einreise nach Kanada ist dagegen frei. Eine Vermittlungsstelle, wie Sie sie im Auge haben, ist uns nicht bekannt. Vielleicht wenden Sie sich an eine der großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften (Hamburg-Amerika-Linie oder Norddeutschen Lloyd): es ist möglich, daß Sie dort nähere Auskunft erhalten.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 31. Mai. PAT. Das Reichskabinett nahm in seiner gestrigen Sitzung den Bericht des Staatssekretärs von Schubert über die internationale politische Lage und über die Aufgaben der Juni-Session des Völkerbundrates entgegen. Darauf erledigte das Kabinett eine Reihe laufender Angelegenheiten und besprach noch einmal die Hamburger Phosgen-Katastrophe. Irgend welche Beschlüsse sind nicht gefaßt worden.

Loebe beim Reichspräsidenten.

Berlin, 31. Mai. Präsident Hindenburg empfing heute in halbstündiger Audienz den bisherigen Reichstagspräsidenten Loebe. Präsident Loebe sollte den Reichspräsidenten über die Strömungen unterrichten, die sich in der sozialistischen Partei abzeichnen, und die Möglichkeiten einer neuen Koalition im Reichstage darlegen. Weitere Empfänge dürften in den nächsten Tagen nicht stattfinden.

Noch eine Schlacht in Aussicht.

Tschangtsolin ist bei Paotinfu geschlagen worden, aber er will noch einmal vor den Toren von Peking Widerstand leisten. Die Japaner prophezeien ihm eine neue Niederlage und erklären, daß die Südtruppen voraussichtlich schon in den nächsten Tagen in Peking einziehen würden.

Große Rettungsexpedition für Nobile.

Unter Führung Nansens.

Berlin, 31. Mai. (PAT.) Das „Berliner Tageblatt" berichtet, daß Nansen, der gestern aus Amerika zurückgekehrt ist, der Vorschlag gemacht worden ist, das Oberkommando über eine große Rettungsexpedition für Nobile zu übernehmen. Nansen erteilte heute telegraphisch die Antwort, er sei bereit, die Führung zu übernehmen. An der Expedition sollen teilnehmen ein englisches Luftschiff, deutsche Flugzeuge und ein amerikanisches Luftschiff und amerikanische Flugzeuge.

Eine Verhaftung in Ostrowo.

Am Donnerstag wurde, wie das „Lissaer Tagebl." berichtet, bei dem Wanderlehrer Wolski eine Haussuchung vorgenommen, die erfolglos verlief. Wolski wurde dann von der Polizei wegen Spionageverdachts verhaftet.

Uruguay — Holland 2 : 0.

Deutschlands gefährlichster Gegner.

Das Olympische Stadion zu Amsterdam hatte am letzten Mittwoch den größten Tag seines Bestehens. In der Vorrunde um die olympische Fußballmeisterschaft standen sich der vormalige Sieger und Favorit Uruguay und die einheimischen Elf von Holland gegenüber, kein Wunder also, wenn die 40 000 Plätze des Stadions schon Tage vorher ausverkauft waren. Das in der gesamten Fußballwelt mit Spannung erwartete Treffen brachte im Grunde genommen eine Enttäuschung, denn beide Mannschaften absolvierten nicht die erwarteten hochklassigen Leistungen. Die Elf von Uruguay bewies zwar, daß sie in punkto Ballbehandlung und Kombinationskunst den Holländern wie auch den meisten übrigen fußballsporttreibenden Ländern überlegen ist, aber dafür zeigte sich der bereits bei einem uruguayischen Gastspiel in Berlin bemerkte Mangel an Schußkraft und Geistesgegenwart vor dem feindlichen Tor. Die Holländer wehrten sich, angefeuert von einer fanatisierten Masse, mit allen erlaubten, aber auch unerlaubten Mitteln, die ihnen der belgische Schiedsrichter glatt durchgehen ließ. Erst in der zwanzigsten Minute fiel ein Tor durch den Halbrechten von Uruguay, und in der zweiten Halbzeit, nachdem die Holländer sogar ein recht offenes Feldspiel hatten erreichen können, fiel das zweite Tor für die Südamerikaner, dem die Einheimischen keinen Torerfolg entgegenzusetzen hatten. Sind die deutschen Stürmer gut aufgelegt, so ist ein Erfolg der deutschen Elf am Sonntag gegen Uruguay nicht ausgeschlossen.

Ein eigenartiger Betrugsprozeß.

Am 6. Juni findet vor der Strafkammer in Arnsberg eine Verhandlung gegen den Kernmacher Heinrich Kühr aus Olpe in Westfalen wegen Versicherungsbetruges statt. Es handelt sich um einen in der deutschen Kriminalgeschichte einzig dastehenden Fall, der nur mit dem Wiener Fall Marek, der sich angeblich ein Bein abhackte, um in den Besitz einer größeren Versicherungssumme zu gelangen, verglichen werden kann. Dem Angeklagten Kühr wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, daß er sich mit voller Absicht vor die Räder eines D-Zuges geworfen habe, um sich die Beine abfahren zu lassen und dadurch eine Versicherungssumme von 60 000 Mark zu erhalten. Die Verhandlung findet in Verbindung mit einem Lokaltermin an der Eisenbahnstrecke in Olpe statt.

Im August v. J. hörte der Schrankenwärter Ebbert nachts, als der D-Zug aus Olpe vorbeigesaust war, laute Hilferufe. Kurz darauf klopfte es an seiner Tür. Eine männliche Stimme rief: „Hilfe, ein Mann ist überfahren worden!" Ebbert eilte mit seiner Sturmlaterne zu dem Eisenbahnübergang. Hier bot sich ihm ein entsetzlicher Anblick. In einer großen Blutlache fand er den stöhnenden Kühr mit abgefahrenen Beinen neben den Schienen, daneben lag ein Fahrrad. Um Kühr bemühte sich der gleiche Mann, der Ebbert aus dem Hause geholt hatte. Der Fremde erklärte, er sei gerade unterwegs gewesen und auf die Hilferufe an die Bahnlinie geeilt. Er habe Kühr überfahren vorgefunden und das Bein sofort mit einem Fahrradschlauch abgebunden. Während Ebbert nach ärztlicher Hilfe telephonierte, entfernte sich der Fremde, ohne je wieder aufzutauchen. Alle Nachforschungen der Staatsanwaltschaft waren vergebens. Kühr wurde ins Krankenhaus nach Olpe eingeliefert und machte bei seiner Einlieferung einen frischen und gefaßten Eindruck. Er wurde operiert, wird aber sein Leben lang schwer beschädigt bleiben. Noch vor seiner Entlassung aus dem Krankenhaus meldete er Schadenersatzansprüche bei zwei Versicherungsgesellschaften an, bei denen er sich kurz vor dem Unfall mit 60 000 Mark gegen Fahrradunfälle versichert hatte. Diese Versicherung hat er bei einem Freunde abgeschlossen, der ebenfalls nach einem Unfall von der Versicherung 20 000 Mark erhalten hatte. Da die Krankenhausärzte Zweifel daran hatten, ob es bei dem angeblichen Eisenbahnunfall mit rechten Dingen zugegangen sei, verweigerten sie die Zahlung der Versicherungssumme und erstatteten Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Gegen Kühr wurde ein Verfahren wegen Versicherungsbetruges eingeleitet, nachdem ärztliche Sachverständige, ebenso wie die Krankenhausärzte, eher einen beabsichtigten Betrug als einen Unfall für wahrscheinlich hielten.

In der Hauptverhandlung, zu der 20 Zeugen und drei Sachverständige geladen sind, wird vor allem versucht werden, ob das sachgemäße Abbinden des Beinstumpfes ohne großen Blutverlust darauf schließen lasse, daß Kühr zusammen mit dem geheimnisvollen „Retter" die nötigen Vorbereitungen getroffen hat, um den grausamen Versicherungsbetrug zu begehen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 1. Juni.

Wettervoransage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung mit Regenschauern und wenig veränderten Temperaturen an.

§ **Zum Vizepräsidenten des Landgerichts** in Bromberg wurde der bisherige Landgerichtsdirektor Michael Celewicz ernannt.

§ **Ihren Charakter als öffentliches Zahlungsmittel eingebüßt** haben mit dem gestrigen Tage die Zweizłotyscheine mit dem Ausgabedatum vom 1. 5. 1925. Es handelt sich also nicht, wie kürzlich gemeldet, um die Außerkurssetzung der Fünfzłotyscheine dieses Datums. Bis zum 31. 7. 1930 werden Zweizłotyscheine in den Filialen der Bank Polski eingetauscht.

§ **Der Einzug des Juni** ist keineswegs als schön zu bezeichnen. Die Temperatur hat abermals einen so empfindlichen Rückgang erfahren, daß man lebhaft an die Kühle der Eisheiligen erinnert wird.

§ **Einen kleinen Reinfall** hat der „Dziennik Bydgoski" mit seiner Warnung vor den „verdächtigen Juden" erlebt, die er im Zusammenhang mit den augenblicklichen Straßensammlungen veröffentlichte. Die „verdächtigen Juden" haben sich nämlich als gute Polen und Katholiken legitimiert, wie das genannte Blatt (mit der Einschränkung: trotz ihres semitischen Aussehens) zugeben muß, die für ein katholisches Waisenhaus sammeln.

ln. **Unbewiesene Behauptungen.** Wegen Beschimpfung der Regierung und eines Distriktskommissars hatte sich der Kaufmann Johann Kitowski aus Łomża vor Gericht zu verantworten. K. fuhr vor längerer Zeit mit der hiesigen Kleinbahn nach Crone und fünf Mitreisende wollen beleidigende Äußerungen des K. über die polnischen Beamten gehört haben. Außerdem soll K. einen Distriktskommissar gröblich beschimpft haben. Während die fünf Zeugen das Gehörte amtlich zu Protokoll gaben, machten sie vor Gericht unsichere Angaben und wollen sich der einzelnen Worte nicht mehr genau entsinnen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte, den Angeklagten mit einem Monat Gefängnis zu bestrafen; das Gericht erkannte auf Freisprechung. — Die Landwirte Stanisław Klarkowski, Jan Tuleja, Franz Czerwiński, Maximilian Kwiatkowski, Thomas Klarkowski, Leo Dobrzyński, Adam Iwicki, Leo Wyland, sowie der Zimmermann Kasimir Mustałkowski, sämtlich aus Osielsk, Kreis Bromberg, richteten im vorigen Jahre an das Innenministerium und an den Kreisausschuß eine Anzeige, worin sie den Gemeindevorsteher Iwański als Betrüger, Lügner, Verleumder und Aufreizer bezeichneten. Weiter bezichtigten sie J., an dem Umzuge am 3. Mai nicht teilgenommen zu haben. Die Angeklagten halten ihre Angaben aufrecht und sind bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Unter anderem wollen sie beweisen können, daß der Gemeindevorsteher in vielen Fällen zu hohe Gebühren erhoben und unberechtigt andere Gelder eingezogen habe. Der Gemeindevorsteher gibt an, daß die Angeklagten seine persönlichen Feinde wären, die ihn durchaus vom Amt entfernen wollten. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte, die Angeklagten mit je einem Monat Gefängnis zu bestrafen. Der Verteidiger beantragte, mit Rücksicht darauf, daß die meisten Angaben der Angeklagten über den Gemeindevorsteher zutreffend waren, die Freisprechung. Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis für die einzelnen Ausdrücke der Angeklagten nicht für erbracht und verurteilte sie zu je 30 Złoty Geldstrafe oder je drei Tagen Gefängnis, sowie zur Tragung der Gerichtskosten.

§ **Festnahme einer Einbrecherbande?** Wie bereits gemeldet, hat hier in der Nacht vom 29.—30. v. Mts. eine Einbrecherbande eine Reihe von Diebstählen und Einbrüchen verübt, die sämtlich durch die große Geschicklichkeit, mit der sie durchgeführt wurden, verblüfften. In der gleichen Nacht verübten die Täter noch außer den bereits gemeldeten Diebstählen einen solchen in das Geschäft der Frau Maria Kosmowska, Elisabethstraße 29. Sie zerstörten das Schloß, sprengten die Tür und ließen einen großen Teil der dort lagernden Waren mitgehen. Größtenteils fielen den Einbrechern Seidenstoffe in die Hände. Der Wert der gestohlenen Sachen in diesem einen Falle beträgt allein etwa 15 000 zł. Die Kriminalpolizei hat sofort alle Maßnahmen ergriffen, um der Täter habhaft zu werden. Die energischen Bemühungen waren auch bereits von Erfolg gekrönt, da man schon einige der Mitglieder dieser Bande hinter Schloß und Riegel bringen konnte. Die im letzten Falle gestohlenen Seidenstoffe konnten auch zum Teil der Bestohlenen zurückerstattet werden. Da die Untersuchung noch im Gange ist, können weitere Einzelheiten noch nicht mitgeteilt werden.

ln. **Eine „schlagfertige" Frau vor Gericht.** Wegen eines tätlichen Überfalls auf einen staatlichen Förster ist die Arbeiterin Sofie Bagniewska aus Nimtsch, Kreis Bromberg, angeklagt. Als der Förster der B. das Weiden einer Kuh im Walde verbot, schlug sie ihm mit einem Holzpantoffel ins Gesicht. Da der Zeuge, Förster Szatten, wegen Körperverletzung, verübt an der Angeklagten, bestraft worden ist, widersetzt sich der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Szwajkowski, der Vereidigung des Zeugen und begründet seinen Antrag auf Nichtvereidigung. Der Vorsitzende des Gerichts fühlte sich veranlaßt, den Verteidiger darauf aufmerksam zu machen, daß seine Ansicht über die Vereidigung irrig sei und von ungenügender Kenntnis der bezüglichen Vorschriften der Strafprozeßordnung zeuge. Die Vereidigung des Försters wurde daraufhin beschlossen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte, die Angeklagte mit einem Monat Gefängnis zu bestrafen; das Gericht verurteilte die B. zu zwei Wochen Gefängnis, mit Bewilligung einer Bewährungsfrist.

§ **Kühner Lebensretter.** Kürzlich stürzte ein neunjähriger Knabe in der Nähe des Bootshauses des fr. Realgymnasiums in die Brahe, wurde von einem Strudel fortgerissen und sank unter. Der Vorfall wurde von dem Obersekundaner Edmund Jaroszewski beobachtet, der sich unverzüglich ins Wasser stürzte, um den Ertrinkenden zu retten. Nach etlichen Bemühungen gelang das edle Werk.

§ **Vermißt** wird seit dem 21. Mai der drei Jahre alte Knabe Konrod Jaruszewski aus Crone a. Br., der an diesem Tage das Elternhaus verlassen hat und bisher nicht aufgefunden werden konnte.

§ **Das Städtische Polizeiamt** gibt bekannt, daß drei Hunde (ein Spitz, ein Wolf und ein Jagdhund) als zugelaufen gemeldet wurden. Die Besitzer werden gebeten, sich im genannten Amt, Burgstraße 32, Zimmer 7, zu melden.

§ **Verhaftet** wurden im Laufe des gestrigen Tages drei berufsmäßige Einbrecher, drei Personen wegen unerlaubten Glücksspiels und eine Person wegen Herumtreibens.

*

Posen (Poznań), 31. Mai. Überfallen wurde in der Nähe des Bahnhofes Gerberdamm die Frau Marta Kaczmarek aus Minikowo. In der Dunkelheit tauchten plötzlich vor ihr zwei Banditen auf, die ihr die Handtasche entrissen und verschwanden. — Ein ähnlicher Überfall trug sich auf der ul. Patrona Jackowskiego zu, wo gegen 11 Uhr abends zwei Banditen der Frau Aniela Rodax das Bein stellten, so daß sie hinfiel, worauf jene sie ihrer Handtasche mit 68 Złoty beraubten. — Die Leiche des Antoni Rymarowicz von der ul. Piotra Wawrzyniaka wurde auf dem Wege nach Winiary gefunden. Neben der Leiche fand man ein Fläschchen mit einer Flüssigkeit. Man nimmt an, daß hier Selbstmord vorliegt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 1. Juni auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 31. Mai. London: Ueberweisung 43.51. Berlin: Ueberweisung Warschau 46,75—46,95, Kattowitz 46.75 bis 46,95, Posen 46,75—46,95, bar gr. 46,55—46,95, kl. 46,525 bis 46,925, Riga: Ueberweisung 58,65, Danzig: Ueberweisung 57,35—57,50, bar 57,35—57,50, Zürich: Ueberweisung 58,15, Newyork: Ueberweisung 11,25, Prag: Ueberweisung 377,50, Wien: Ueberweisung 79,53½—79,81½, Bukarest: Ueberweisung 18,15, Budapest: bar 64,05—64,30.

Warschauer Börse vom 31. Mai. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 124,50, 124,81 — 124,19, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Oslo —, Helsingfors —, Spanien —, Holland —, Japan —, Kopenhagen —, London 43,53¼, 43,64 — 43,42½, Newyork 8,90, 8,92 — 8,88, Paris 35.11½, 35,20 — 35,03, Prag 26,41⅜, 26,48 — 26,35, Riga —, Schweiz 171,84, 172,27 — 171,41, Stockholm —, Wien 125,44, 125,75 — 125,13, Italien 47,00, 47,12 — 46,88.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 31. Mai. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,015 Gd., —,— Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin 122,517 Gd., 122,823 Br., Warschau 57,35 Gd., 57,50 Br. Noten: London —,— Gd., —,— Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Kopenhagen —,— Gd., —,— Br., Berlin 122,696 Gd., 122,954 Br., Warschau 57,35 Gd., 57,50 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 31. Mai Geld	Brief	In Reichsmark 30. Mai Geld	Brief
	Buenos-Aires 1 Pes.	1.782	1.786	1.783	1.787
—	Kanada . . 1 Dollar	4.166	4.174	4.165	4.173
5.48%	Japan . . . . 1 Yen.	1.944	1.948	1.944	1.948
—	Kairo . . . 1 äg. Pfd.	20.905	20.945	20.905	20.945
—	Konstantin 1 trk. Pfd.	2.150	2.154	2.150	2.154
4.5%	London 1 Pfd. Sterl.	20.382	20.422	20.382	20.422
4%	Newyork . . 1 Dollar	4.1730	4.1810	4.1730	4.1810
—	RiodeJaneiro 1 Milr.	0.502	0.504	0.502	0.504
—	Uruguay 1 Goldpes.	4.272	4.280	4.276	4.284
4.5%	Amsterdam . 100 Fl.	168.47	168.81	168.49	168.83
10%	Athen	5.435	5.445	5.434	5.445
4.5%	Brüssel-Ant. 100 Frc.	58.26	58.38	58.27	58.39
6%	Danzig . . 100 Guld.	81.44	81.60	81.46	81.62
6%	Helsingfors 100 fi. M.	10.506	10.526	10.503	10.523
6.5%	Italien . . . 100 Lira	22.00	22.04	22.00	22.04
7%	Jugoslavien 100 Din.	7.350	7.364	7.350	7.364
5%	Kopenhagen 100 Kr.	112.07	112.29	112.05	112.27
8%	Lissabon . 100 Esc.	17.78	17.82	17.78	17.82
5.5%	Oslo-Christ. 100 Kr.	111.82	112.04	111.80	112.02
3.5%	Paris . . . . 100 Frc.	16.435	16.475	16.435	16.475
5%	Prag . . . . . 100 Kr.	12.37	12.39	12.367	12.387
3.5%	Schweiz . . 100 Frc.	80.45	80.61	80.435	80.595
10%	Sofia . . . 100 Leva	3.012	3.018	3.015	3.021
5%	Spanien . . 100 Pes.	69.69	69.83	69.77	69.91
4%	Stockholm . 100 Kr.	112.00	112.22	111.98	112.20
6.5%	Wien . . . . . 100 Kr.	58.725	58.845	58.725	58.845
6%	Budapest . . . Pengö	72.82	72.96	72.89	73.03
8%	Warschau . . 100 Zł.	46.75	46.95	46.725	46.925

Züricher Börse vom 31. Mai. (Amtlich.) Warschau 58,15, Newyork 5,1877½, London 25,33½, Paris 20,43, Prag 15,38, Wien 73,02, Italien 27,34, Belgien 72,42½, Budapest 90,63, Helsingfors 13,09, Sofia 3,74½, Holland 209,45, Oslo 139,00, Kopenhagen 139,20, Stockholm 139,22½, Spanien 86,68¼, Buenos Aires 2,22, Tokio 2,43, Rio de Janeiro —,—, Bukarest 3.21, Athen 6,80, Berlin 124,19, Belgrad 9,13¼, Konstantinopel 2,66½.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zł., do. kl. Scheine 8,84 Zł., 1 Pfd. Sterling 43,358 Zł., 100 franz. Franken 34,975 Zł., 100 Schweizer Franken 171,153 Zł., 100 deutsche Mark 212,572 Zł., 100 Danziger Gulden 173,344 Zł., tschech. Krone 26,308 Zł., österr. Schilling 124,939 Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 31. Mai. Festverzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Złoty) 66,25 G. 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 97,00 G. 4proz. Konvertierungspfandbriefe der Posener Landschaft (100 Zł.) 54,00 G. Notierungen je Stück: 6proz. Roggen-Br. der Posener Landschaft (1 D.-Zentner) 30,50 +. 5proz. Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar) 86,00 G. Tendenz: behauptet. — Industrieaktien: Dr. Roman May 108,00 G. Unja 26,00 G. Tendenz: behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Getreide. Warschau, 31. Mai. Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. franko Station Warschau, Börsenpreise: Roggen (116 Pfd. holl.) 53,25—53,75, Weizen 59—59,50, Leinkuchen 51—51,50, Roggenkleie 34—34,50; Marktpreise: Braugerste 52—53, Grützgerste 48,50—49, Einheitshafer 48—50, Warschauer Weizenmehl 4/0 A 90—92, Weizenmehl 4/0 82—84, Roggenmehl 65proz. 71—74. Umsätze größer, Tendenz ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 31. Mai. Getreide und Oelsaat für 1000 Kg., sonst für 100 Kg. in Goldmark. Weizen märk. 262—265, Mai 279, Juli 284¼, September 270. Roggen märk. 278—280, Mai 290, Juli 273, Sept. 251¼. Gerste: Sommergerste 250—285. Hafer märk. 263—269. Mais 237—240 (zollbeg. Futtermais). Weizenmehl 32,25—36,25. Roggenmehl 36,20—38,90. Weizenkleie 16.75-17. Weizenkleiemelasse 16,75—17,25. Roggenkleie 18,50—18,75. Viktoriaerbsen 50 - 62, kleine Speiseerbsen 35,00—38,00, Futtererbsen 25 bis 27. Peluschken 24,00 bis 24,50. Ackerbohnen 23,00 bis 24,00. Wicken 24—26,00. Lupinen, bl. 14¼—15½, Lupinen, gelb 15,25—16,25. Seradella, neue 23,00—28,00. Rapskuchen 18,80—19,00. Leinkuchen 23,50—23,80. Trockenschnitzel 15,20—15,40. Soyaschrot 21,20—21,80. Kartoffelflocken 25,60—26,20.

Tendenz für Weizen ruhiger, Roggen ruhig.

Berliner Butternotiz vom 1. Juni. Im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde zu Lasten des Käufers. 1 Qualität 1,64, 2. Qualität 1,53, Abfallware 1,36.

Materialienmarkt.

Metalle. Warschau, 31. Mai. Es werden folgende Orientierungspreise je Kg. in Złoty notiert: Banka-Zinn in Blöcken 13, Hüttenblei 1,20, Hüttenzink 1,40, Antimon 2,60, Aluminium 5,10. Zinkblech (Grundpreis) 1,60, Kupferblech (Grundpreis) 4,40, Messingblech 3,60—4,50.

Berliner Metallbörse vom 31. Mai. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt cif. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 139,25. Remalted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit —,—. Originalhüttenaluminium (98/99%) in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 190, do. in Walz- oder Drahtbarren (99%) 194, Reinnickel (98—99%) 350. Antimon-Regulus 93—98. Feinsilber für 1 Kilogr. fein 83,75—84,50.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke (beurlaubt); verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 114.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß starb am 30. Mai nach langem schweren, mit großer Geduld getragenen Leiden meine innigstgeliebte, teure und edle Lebensgefährtin, unsere gute Mutter und Großmutter, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Ottilie Reeck

geb. Gaul

im Alter von 65 Jahren.

Dies zeigen um stilles Beileid bittend hierdurch tiefbetrübt an

Carl Reeck, Rentier
Willi Reeck, Geschäftsführer, Bremen
Frieda Reeck
Clara Sommerfeldt geb. Reeck
Konrad Sommerfeldt, Ministerialamtmann, Berlin-Steglitz
Oskar Reeck, Oberkassensekretär, Arnswalde
Grete Reeck
Herbert Reeck, Hoteldirektor, Krefeld
Lina Reeck
Otto Reeck
7 Enkelkinder.

Bromberg, den 1. Juni 1928.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 2. Juni 1928, nachm. 4 Uhr, auf dem evangel. Friedhofe von der Leichenhalle Jagiellońska aus statt.

Kondolenzbesuche dankend verbeten. 7847

Evangelisch. Mädchen 21 Jahre alt, aus besserem Hause, welches den Haushalt u. das Kochen erlernen möchte, sucht Stelle als Stütze der Hausfrau, oder als Stubenmädchen bei Familienanschluß. Antritt kann sofort erfolgen. Gefl. Off. unt. T. 7701 an die Deutsche Rundschau erbeten.

Jung., gebd. **Mädchen**, das sich vor kein. Arbeit scheut, Näh- und Kochkenntn. vorhand., auch Kontorarb. angenehm, sucht von sof. oder spät.

Stellung als Stütze

mit Familienanschluß. Zeugnisse vorhanden. Offerten unter R. 7824 a.d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Älteres **Mädchen** **sucht** Aufwartung für den ganzen Tag, das auch Koch. übernimmt. Off. unter F. 3430 an d. Geschst. dieser Zeitg.




Der geehrten Bürgerschaft der Stadt und Umgegend gebe ich zur gefl. Kenntnis, daß ich durch Kauf das Grundstück

ul. Grunwaldzka Nr. 5

zusammen mit dem

Fleischereigeschäft

des Herrn **Dürr** übernommen habe, dessen **Eröffnung** am **2. Juni d. J.** erfolgt. Ich werde **Fleisch- und Wurstwaren** nur erstklassiger Qualität **zu soliden Preisen** fabrizieren. Die geehrte Bürgerschaft der Stadt und Umgegend um gütige Unterstützung bittend, zeichne ich 7842

hochachtungsvoll

Franciszek Mathea

Telefon Nr. 1053. **Fleischermeister.**

Statt Karten.

Für die uns anläßlich unserer Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen Freunden und Bekannten **unsern herzlichsten Dank.**

Hildegard Schulz — Otto Wolfschmidt

Dt. Westfalen — Brzeziny b. Łódź

im Juni 1928. 7867

Polnisch ert. gepr. Schullehrerin **Gdańska 39**, 1 Tr. rechts, von 1—8. 3436

Kacheln in verschieden. Farben ständig auf Lager 7548 **Ofenbaugeschäft M. Steszewski, Poznańska 23**. Tel. 234.

Das Evangelische Gesangbuch

ist soeben erschienen.

Zu beziehen durch die Buchhandlung 7870
Erich Hecht Nachf., Gdańska 19.

Bydgoszcz — *Szubin*
Telefon Nr 965 — *Telefon Nr. 4*

J. u. P. Czarnecki

Dentisten

Jagiellońska (Wilhelmstr.) 9.

Sprechstunden durchgehend von 9 bis 5 Uhr. 13289

Damen- und Kinder-Garderobe u. Wäsche wird billig angefertigt. 4657 **Dworcowa 6**, 1 Tr.

Nutzet die Gelegenheit!

In der Zeit außerhalb der Saison empfiehlt

verschiedene Pelze

um 20% billiger die Firma 7030

„Futro", Bydgoszcz, ul. Dworcowa 17.

Achtung! Wir geben langfristigen Kredit.

Das neue evangelische Gesangbuch

ist erschienen und zum Preise von **zł 7** für die Volksausgabe (Ganzleinenband) vorrätig

A. Dittmann, G. m. b. H.

Original Chile-Salpeter

empfiehlt ab Lager

Landw. Ein- u. Verkaufs-Verein

Bydgoszcz-Bielawki.

Tel. 100. 7869

Melasse-Mischfutter „Henka"

das bill. u. doch gute **Universal Kraft-, Mast- u. Milchfutter** empfiehlt zu 25 zł per Ztr.

Fabryka środków odżywczych 3426
Luis Knoof,
Bydgoszcz, Marcinkowskiego 6. Tel. 989.

Erfolgr. Unterricht i. Franz., Engl., Deutsch (Gram., Konvrs., Handelskorresp.) erteil., frz., engl. u. deutsche Uebersetzungen fertigen an **T. u. A. Furbach**, (lgj. Aufenth. i. Engl u. Frankr.). **Cieszkowsk.** (Moltkestr.) 11, I, l. 5928

Offerten

mit nachstehend. Kennzeichen sind noch nachträglich eingegangen, um deren baldige Abholung in der Geschäftsstelle, innerhalb 8 Tagen, gebeten wird.

A. 3073. **C.** 3080. **D.** 2706. 3310. **E.** 2789. **F.** 2566. 3165. **G.** 2420. 2795. 3244. **H.** 2570. 2810. 2930. **J.** 2518. **K.** 3331. 7103. **L.** 2830. 3261. **M.** 2439. **N.** 2529. 3114. **O.** 3038. 3358. **P.** 2600. 2674. 2755. **R.** 2675. 2859. **S.** 2464. 2860. 3125. 3279. 3363. **T.** 2465. 3054. **U.** 2545. 3220. 5963. 6890. 7051. **V.** 2616. 2693. 2774. 3221. **W.** 2985. 3295. **Z.** 3071. 6137.

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.

Sonntag, den 3. Juni 28. (Trinitatis).

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. Aßmann. 11½ Uhr Kdr.-Gottesdienst. Nachm. 5 Uhr Versammlung des Jung-Mädchenvereins im Gemeindehause. Donnerstag, abds. 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindehaus, Pfarrer Wurmbach.

Evangl. Pfarrkirche. Vorm. 10 Uhr Konfirmation, Pfr. Hesekiel*. Der Kinder-Gottesdienst fällt aus. Dienstag, abds. 8 Uhr Blaukreuzversammlg. im Konfirmandensaale.

Luther-Kirche, Frankenstraße 87/88. Vorm. 10 Uhr: Festgottesdienst mit Einsegnung der Konfirmanden*, Pfr. Lassahn. Kinder-Gottesdienst fällt aus. Nachm. ¼4 Uhr: Jugendb. Nachm. 5 Uhr Erbauungsstunde, danach Blaukreuzversammlung.

Ev.-luth. Kirche, Posenerstr. 13. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdst. — 11½ Uhr Christenlehre. Freitag, abds. 7 Uhr Bibelstunde, Pfr. Paulig.

Christl. Gemeinschaft, Marcinkowskiego (Fischerstraße) 8b. Nachm. 2 Uhr Sonntagsschule. Nachm. 3½ Uhr Jugendbundstde. Nachm. 5 Uhr Evangelisationsversammlg. Mittwoch, abds. 8 Uhr Bibelstunde.

Ev. Gemeinsch., (früh. Libelta 8) Marcinkowskiego (Fischerstr.) 8b. Abends 8 Uhr: Gottesdienst. — Dienstag, abends 8 Uhr: Gesangstunde.

Baptisten-Gemeinde, Pomorska 26. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst, Pred. Becker. 11 Uhr Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr Gottesdienst, Pred. Becker. Nachm. 5½ Uhr Jugendverein. Donnerstag, abds. 8 Uhr Gebetstunde.

Schleusenau. Vorm. 10 Uhr Einsegnung*.

Kruschdorf. Vorm. 10 Uhr Einsegnung*.

Wtelno. Vorm. 10 Uhr: Einsegnung*.

Osielsk. Vorm. 10 Uhr Einsegnung der Konfirmanden.*

Weichselhorst. Nachm. 3 Uhr Unterredung mit d. konfirmierten Jugend.

Nakel. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst (Einsegnung der Konfirmanden).

Stellengesuche

Hofverwalter 7584 früh. Besitzer, erfahr. in all. landw. Arbeit., sucht z. 1. 7. 1928 Stellung. **August Lünser, Wyrza, pt. Witosław.**

Brenner zugl. gelernt. Gärtner, ohne Familie, im Brennereifach u. Gärtnerei gut erfahr., sucht von sofort oder vom 1. Juli 1928 Stellung. Off. unt. G. 7803 an die Geschst. d. Zeitg. erbet.

Vertrauensstellg. sucht in Brbg. 35-jähr. Mann mit landwirtschaftl. Kenntnissen bei bescheid. Ansprüch. als Lagerverwalter, im Büro od. entspr. and. Funkt. Bin ehrlich, strebs. u. zuverl. Verf. üb. gute Zeugn. Gefl. Off. unt. D. 3410 an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Tüchtiger **Stellmachermeister** 39 J. alt, der das Bau- und Tischlerhandwerk, sowie Zimmerarbeit, versteht, **sucht eine passende Stelle** auf einem nur großen Gute od. groß. Betriebe. War jahrelang als Sägewerksleiter tätig, pr. Zeugnisse. Angeb. sind zu richten unt. L. 7810 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Tüchtiger, evangl. **Müller** 25 J. alt, **sucht** vom 15. 6. od. spät. Dauerstellung als **Werkführer** od. als alleinig. Bin mit sämtlich. Maschinen der Müllerei vertr. Kaution kann gestellt werden. Off. unter B. 7709 an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Bäckergeselle 25 J. alt, der selbständ. arbeiten kann, **sucht Stellung.** Off. u. G. 3433 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Suche für tüchtigen **Gärtner** led. Ukrain., per sofort **Stellung** auf gr. Gut. **A. May**, Gartenbaubetrieb, **Inowrocław.** 7848

Sohn achtbar. Eltern, 17 J., 2 Jahr Handelsschule bes., d. deutsch. u. poln. Sprache in Wort u. Schrift mächt., sucht **Lehrstelle** im Manufaktur- oder Kolonialwarengeschäft Gefl. Angebote unter A. 3394 a. d. Geschst.

Bess. Mädchen sucht Stellg. b. älterer Herrschaft. In allen Hausarb. bew. Off. u. C. 3409 a. d. Geschst.

Beamtentochter im 18. Lebensjahre, von 1922 bis Dato im Kloster erzogen, sucht anderweitig Stellung. Off. einer liebenswürdigen Herrschaft, welche sich mein. Tocht. annimmt, zu richten an **P. Kmitta, Łubasz** pow. Czarnków, 7697 Wlkp.



Hausfrau! Bleibe nicht rückständig!

Spare am rechten Fleck und bereite Deine Konserven selbst. Gebrauche dazu die wegen ihrer hervorragenden Qualität und unbedingten Zuverlässigkeit als beste bekannten Konservengläser und Sterilisiergeräte Marke **WECK.**

Niederlage bei: 6880



Offene Stellen

Tüchtigen Hofbeamten mit poln. Sprachkenntnissen sucht 7819 **Dom. Jarużyn**, poczta Tur, pow. Szubin.

Jüngerer, gewandter **Buchhalter** mit schöner Handschrift, guten polnischen und deutschen Sprachkenntnissen wird zum baldigen Eintritt für ein größeres Fabrikunternehmen gesucht. Ausführliche Bewerbungen m. Zeugnisabschriften sind unter W. 7710 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung zu richten.

Suche per sofort oder 1. Juli **Verkäufer** mit Ia Zeugnissen, beider Landessprachen in Wort u. Schrift mächtig, unter Angabe der Gehaltsansprüche. 7751

Desgl. zum 1. Juli **einen Lehrling** mit Gymnasialbildung.

Nur schriftliche Offerten finden Berücksichtigung.

Alfons Roelle Nachf. Fritz Többicke, Eisen-, Stahlwaren-, Haus- u. Küchen-Magazin, Waffen-Handlung.

Bauklempner selbständig arbeitend, mit mehrjähriger Praxis stellt sofort gegen hohen Stundenlohn ein **Henryk Patermann** 7789 **vorm. Albert Kutzner & Sohn Grudziądz**, Mickiewicza 2.

Tüchtige, zuverlässige Stütze die selbständig einen Geschäftshaushalt führen kann, **von sofort gesucht.** **Conditorei Aug. Kulinna, Grudziądz**, Toruńska 6. 7855

Vertreter zum Vertrieb meiner **Kraftfuttermittel** i. der Umgegend der Stadt **gesucht.** Bei Eignung feste Anstellung. Radfahrer bevorzugt. 3427 **Fabryka środków odżywczych**, właśc.: **Luis Knoof. Bydgoszcz**, Marcinkowskiego 6. Tel. 989.

Tiefbau-Techniker der polnischen u. deutschen Sprache mächtig, wird gesucht. Offerten unter J. 7646 an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Ein erstklassiger **Zieglermeister** für einen ca. 5-Millionen-Betrieb nahe der Freistadt-Grenze in Atkord wird **gesucht.** Refl. nur mit Ia Empfehlungen werden berücksichtigt. Offert. unt. C. 7745 an d. Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Tüchtig. jüngerer **Bautischler** von sofort gesucht. 3429 **Schmidt, Nowaróda**, pow. Bydgoszcz.

Evangelischer **junger Mann**, aus guter Familie, zur Erlernung der **Landwirtschaft** zum 1. August d. Js., unter meiner Leitung, auf 2000 Morg. großes Gut m. schwer. Boden **gesucht.** Höh. Schulbildung und zweijähr. Lehrzeit Bedingung. **Landschaftsrat a. D. E. Weissermel**, Kruszyn Post, Kreis Brodnica Pommerell. 7740

Suche Bäckergesell. der die Lehrzeit beendet hat. **Wysiorek, Nakło, Halera 79.** 3416

Bäckerlehrling kann sich melden 3417 **Bydgoszcz, Kujawska 28.**

Laufjunge achtbarer Eltern von sofort gesucht. Persönliche Meldungen 3448 **Fa. Siła Przemysłowa**, Dworcowa 35/36.

Junge Dame schöne Handschrift, perfekte Uebersetzung **deutsch-polnisch** und umgekehrt, **Stenographie**, sucht per sofort 3437 **Schöpper, Zduny 5.**

Empfangsfräulein beid. Sprach. mächtig, kann sich melden 3432 **Mostowa 10, I.**

Lehrmädchen für Weißnäherei k. s. meld. **Wäsche-Atelier Jagiellońska 7.** 3408

Aelterer Herr sucht zur Führung eines frauenlos. Haushaltes eine 7876 **Wirtschafterin.** Angebote mit Bild zu richten an **Sägegatter Rogowo**, pow. Żnin.

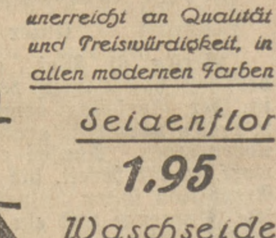
Gesucht wird ältere, gebildete, evangl. **Vertrauens-Person für Gutshaushalt** (500 Morg.) zur Hilfe, die auch längere Zeit selbständ. wirtschaften kann. Ausführl. Angebote mit Zeugnissen und Empfehl. erbeten unter K. 7808 an die Geschäftsst. dies. Zeitg.

Mädchen für alle Hausarb. mit gut. Zeugn. kann sich von sof. melden **Bydg.**, ul. Zduny 9, I. 3446

Mädchen mit Kochkenntn. ges. 3447 **Hausenblas**, Gdańska 23

Suche von sofort ein mit Kochen vertrautes **Mädchen für alles od. einfache Stütze** welche sämtl. häusl. Arbeiten übernimmt. Meld. mit Lohnang. und Zeugnisabschr. an Frau S. **Fuhrich**, Buchhandlung, 7852 **Brodnica n. Dr.**

Von sofort gesucht: **junges Mädchen als Kochlehrling** (spez. Einkoch., Gemüse und Obstverwertung. Pensionspreis 50 Złoty monatlich. Evangel. **Hausmädchen** mit guten Zeugnissen. Frau **Dr. Sand, Wąbrzeźno.** 7801



An- und Verkäufe

Landwirtschaft im Freistaat Danzig, ca. 100 ha groß, Ia Werderboden, über 100 Jahre im Familienbesitz, **zu verkaufen.** Erforderliches Kapital G. 60000.— Habe auch weitere Grundstücke mit G. 40-100000.- an Hand. **Emil Salomon**, **Danzig**, Hundegasse 37. Tel. 24324. 7851 Gegr. 1884.

Kieslager in nächster Nähe vom Bahnhof zu **kaufen** oder zu **pachten gesucht.** Angebote mit genauen Angaben u. Preis unter K. 6531 an Ann.-Exp. **Wallis**, Toruń. 7862

Gutes Brennholz verkauft **billig**, um zu räumen, bis auf weiteres von zł 12.— p. Meter an ab Lager Gniew **Ldw. Großhandelsgesellschaft (Kornhaus) Gniew.** Tel. Nr. 23. 7491

Landwirtschaft 26 Mg., m. leb. u. tot. Inv. z. vk. **A. Krochmal, wioska Tuszynka, pow. Swiecie, pocz. Korytowo, stacja Parlin.** 3369

Zu verkaufen **paar gute Arbeitspferde Gajowa 33.** 3445

Junge 7860 **Jagdhunde** dt. Kurzh., Brauntiger, reinrassig, gibt ab **Trzynka**, Förster, **Rulewo**, p. Warlubie, pow. Swiecie.

Suche einen scharfen, mannfesten **Hofhund** zu kauf. **Karl Schilling, Gorzin p. Nakło.** 3439

Kleiner rassereiner **Hund** nicht unter ¾ Jahr. zu kaufen gesucht 3435 **Długa 19**, II links.

Bruteier 36j. Spez.-Zucht, gesp. Plym.-Rocks, Silb. Bant. Zw., à 60 gr, Porto, Kiste extr. **Grams, Grudziądz.** Tel. 616. 2442

Am billigsten kauft man **Möbel, Spiegel, Uhren, Nähmaschinen, Schreibmaschinen**, div. **Altertümer, Kleider** u. **Schuhe** in 7669 **Dom Komisowy**, Pomorska 6.

Eine **Schneider-Nähmaschine** fast neu, preiswert zu verkaufen. 7854 **Stadie, Mazowiecka 34.**

Motorrad 500 ccm, „Wanderer", überholt und sehr gut erhalten, fast neue Bereifung, für nur 2300 zł zu verkaufen. 7871 **Helmuth Behrendt**, Czersk. Telefon 28.

Neuwertiger **Heißdampfpflug** von Borsig, mittler. Type, weg. Gutsverk. abzug. Pflug hat nur eine Kampagne gearbeitet und ist in tadelloser Verfassung. 7547 **Gutsverw. Schönberg**, Post Sommerau Wpr.

Achtung!!

4 **Rohölmotore**, 20, 40, 60, 80 P. S.,
3 **Dampfkessel**, 35, 45, 60 qm Heizfläche,
2 **Dampfmaschinen**, 30, 50 P. S.,
1 **Lokomobile**, 15 P.S.,
1 **kompl. Brennereieinrichtung** günstig z. verkaufen. Offerten u. D. 7747 an die Geschäftsstelle dies. Zeitg.

Holzschuppen, 8×4×4, **Benzinmotor**, 3 PS, **Motorpflug Traktor**, zwei Dynamo zu verk. Szczepański, Szczecińska 7. 3442

60 bis 70 Kubikmeter **Feldsteine** z. verk. **Karl Schilling, Gorzin**, p. Nakło. 3438